

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugpreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren Buchstraße 4/A durch die Vertriebsstellen des „Volksmacht“, 7226 Graupenhöhe 6 und Brilonstr. 106, Wittenbergstr. 155, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. Abonnementpreis im voraus zu entrichten vierteljährlich 0,42 Rmt. + 6 Pf. Trägerpreis monatlich 1,70 Rmt. + 36 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln Zubehörsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 217 32, Redaktion 217 38
Postfach-Konto Postfach-Nr. **Dreslau Nr. 3852.**
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. **Dreslau**
Überlangt eingelagerte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: 30 Zeilenmeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangehender, Verfammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren Buchstraße 4/A oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Ein unmögliches Kompromiß

Die Reichsregierung hat sich geeinigt — Das Steuerkompromiß für die Sozialdemokratie unannehmbar

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.)
Amlich wird mitgeteilt: Die mehrstägigen Beratungen des Reichskabinetts über die Deckungsfragen wurden am Mittwoch zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu einem Einvernehmen. Der Haushaltsplan für 1930 und die Deckungsvorlagen werden in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen.

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.)
Das Reichskabinetts hat am Mittwoch seine Beratungen über das Deckungsprogramm des Finanzministers abgeschlossen. Das zustandgekommene Kompromiß sieht dreierlei: 1. Sicherung der Arbeitslosenversicherung, 2. Steuererhöhungen zum Ausgleich des Etats 1930, und 3. Beihilfe über Finanzreform und Steuerentlastung im Jahre 1931.

Die Sicherung der Arbeitslosenversicherung kommenden Rechnungsjahr wird auf zwei Wegen angestrebt. Der erste Punkt soll dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung durch besondere Gesetze Ermächtigung erteilt werden, entweder den Beitrag bis zu 4 Prozent zu erhöhen oder der Regierung Vorschläge für eine Reform zu machen. Seine Beschließungen mit Stimmmehrheit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gefaßt sein. Wenn sie innerhalb einer bestimmten Zeit nicht zustande kommen, muß die Reichsregierung entsprechende Beschlüsse fassen. Eine Änderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung kann dagegen in allen Fällen nur durch Gesetz erlassen werden.

Die zweite Maßnahme zur Sicherung der Arbeitslosenversicherung ist die Ansammlung eines Rotkocks. In dem Rotkock sollen fließen: 1. 50 Millionen aus der Industrieerhebung für das Jahr 1930, 2. 80 Millionen aus der Lohnsteuer, soweit ihr Ertrag im Jahre 1930 mehr als 1450 Millionen beträgt, 3. weitere 60 Millionen aus der Lohnsteuer, die durch Erhöhung der Lohnsteuererstattungen frei werden. Die Steuererhöhungen zum Ausgleich des Reichshaushalts 1930 und zum Zwecke der Mehrüberweisungen an Länder und Gemeinden umfassen folgende Maßnahmen:

1. Die Biersteuer soll um 75 Prozent erhöht werden, woraus eine Mehreinnahme von 240 Millionen erwartet wird, von der 150 Millionen dem Reich und 90 Millionen den Ländern zufließen sollen;
2. Durch Erhöhung der Zölle auf Mineralöle, insbesondere Benzin und Benzol, soll eine Mehreinnahme von 65 Millionen erzielt werden, die zu 25 Millionen auf das Reich, zu 40 Millionen auf die Länder verteilt werden soll;
3. Die Zahlungsfrist bei der Tabaksteuer und Zuckerversteuerung soll verlängert werden, wodurch dem Reich eine einmalige Einnahme von 80 Millionen zufließt;
4. Die im Jahre 1923 aufgehobene Mineralwassersteuer soll wieder eingeführt werden und einen Betrag von 40 Millionen bringen, der restlos den Gemeinden überwiesen werden soll;
5. Die Industrieerhebung für das Jahr 1930 soll um 20 Millionen, also von 300 auf 280 Millionen gesenkt werden; außerdem sollen aus der Reserve bei der Bank für Industrieobligationen, die aus Ueberzahlungen in den früheren Jahren angeammelt worden ist und etwa 100 Millionen beträgt, 70 Millionen entnommen werden. Insgesamt würden also im Jahre 1930 aus der Industrieerhebung 350 Millionen zur Verfügung stehen;
6. Die Rentenbankbelastung der Landwirtschaft soll aufgehoben werden, so daß die Landwirtschaft um 60 Millionen entlastet wird. Ein Einnahmeausfall von 60 Millionen durch die Tilgung der Rentenbankkassenscheine, für die dieser Betrag bisher verwendet worden ist, entsprechend hinausgeschoben werden soll.

Alle Steuererhöhungen zusammen ergeben eine Mehreinnahme von 725 Millionen. Hierzu kommen aber Mehreinnahmen von 315 Millionen, die aus den bereits im Jahre 1929 beschlossenen Erhöhungen der Tabaksteuer und der Zuckerversteuerung und der Heraushebung des Kaffee- und Teezolls erwartet werden. Insgesamt stehen also 1040 Millionen Mehreinnahmen zur Verfügung, von denen 870 Millionen dem Reich und 170 Millionen den Ländern und Gemeinden zufließen sollen.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts über die im Jahre 1931 durchzuführenende Finanzreform sehen folgende vier Maßnahmen vor: 1. die Ausgaben des Rechnungsjahres 1931 sollen vornehmlich durch die Erhöhung der Ausgaben des Jahres 1930 beschränkt werden; 2. im Rechnungsjahr 1931 sollen mindestens 600 Millionen für Steuerentlastungen verwendet werden; 3. der Reichstag soll schon jetzt ein Gesetz über die Einkommensteuerentlastung, die am 1. April 1931 in Kraft tritt, in allen Einzelheiten beschließen; 4. die Industrieerhebung soll 1931 auf 230 Millionen gesenkt werden. Der Betrag von 600 Millionen, der 1931 für Steuerentlastungen verwendet werden soll, wird aus folgenden Mitteln beschaffen: Einmal fällt die Schuldentilgung, die dem Haushalt 1930 mit 450 Millionen belastet, 1931 weg. Außerdem wird bei den inneren und äußeren Kriegslasten mit automatischen Entlastungen von 115 Millionen gerechnet und schließlich sonstige Ersparnisse in Höhe von 35 Millionen durchgeführt werden.

Die Senkung der Einkommensteuer, die vom 1. April 1931 in Kraft treten würde, umfaßt Lohnsteuer

und veranlagte Einkommensteuer. Bei der Lohnsteuer sollen das Existenzminimum von jährlich 1200 auf 1440 Mark heraufgehoben, die Kinderermäßigungen erhöht und der Steuerfuß für Ledige auf 9 Prozent, für Verheiratete auf 8 Prozent ermäßigt werden. Dienen Entlastungen steht die völlige Befreiung der Lohnsteuererstattungen gegenüber, die im Betrage von 60 Millionen der Arbeitslosenversicherung überwiesen werden sollen. Bei der veranlagten Einkommensteuer ist eine Auseinanderziehung des Tarifs vorgesehen, die eine durchschnittliche Senkung der Belastung um 12 1/2 Prozent bringt und den Höchstfuß von 140 Prozent, der bisher bereits bei Einkommensteuern über 80 000 Mark erreicht wurde, erst über 270 000 Mark wirksam werden läßt. Der Ausfall, den diese Ermäßigungen verursachen, wird bei der Lohnsteuer auf 208 Millionen, bei der veranlagten Einkommensteuer auf 152 Millionen geschätzt. Da von diesem Gesamtausfall von 400 Millionen auf Länder und Gemeinden 300 Millionen entfallen würden, soll das Reich eine Ausfallgarantie zu Gunsten der Länder und Gemeinden übernehmen.

Die neuen Beschlüsse sind vom Reichskabinetts mit großer Dringlichkeit behandelt worden. Sie sollen zum 1. April in Kraft treten. Deshalb verlangt die Regierung, daß die Vorlagen vom Reichstag spätestens bis zum 24. März durchberaten sind, sodas dem Reichsrat und dem Reichstag für ihre Beratungen in den Ausschüssen und im Plenum nur die äußerst knapp bemessene Zeit von 2 1/2 Wochen zur Verfügung stehen würde.

Was der „Sozialdemokratische Pressedienst“ dazu meint

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt zu dem Kompromiß:

Die Beschlüsse des Reichskabinetts zur Finanzreform werden abschließend erst beurteilt werden können, wenn sie als Gesetzesentwürfe vorliegen. Gegenwärtig kann man daher nur zu den

Verabschiedet endlich den Youngplan!

Der „Vorwärts“ schreibt zu der Finanzreform der Regierung:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht auf dem Standpunkt, daß nunmehr (nach der Einigung über die Deckungsvorlage im Kabinetts) alles getan werden muß, um die Young-Gesetze ohne weiteren Aufschub zu erledigen. Auf diese Erledigung wartet die Bevölkerung des besetzten Gebietes, auf sie warten die weite Wirtschaftskreise, deren Tätigkeit durch die Unsicherheit der politischen Lage gehemmt wird, auf sie warten die Freunde der Verständigung und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker überall in der Welt. So notwendig auch eine gründliche Verbesserung des finanzpolitischen Regierungsprogramms ist und so sehr wir uns freuen würden, bei unserem Streben nach ihr die Hilfe des Zentrums zu finden, so wenig könnte jetzt noch eine Verzögerung verantwortet werden, die die Gefahr bringt, im Strudel innerpolitischer Streitigkeiten zu versinken. Jede Gefährdung des Youngplanes wäre eine Gefährdung der deutschen Wirtschaft, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit bis zur Katastrophe könnte vielleicht die Folge sein. Im Interesse der Bevölkerung des besetzten Gebietes und im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft und vor allem der Arbeitkreise fordert die sozialdemokratische Fraktion die rasche und glatte Verabschiedung der Gesetze der Ausführung des Youngplanes.

Das Zentrum scheint dem gegenüber erst an eine Verabschiedung des Youngplanes zu denken, wenn sich auch die Regierungsparteien an ein Finanzprogramm des Kabinetts gebunden haben. Die „Germania“ schreibt dazu: „Von der Haltung der Regierungsparteien insgesamt wird naturgemäß die Entscheidung des Zentrums gegenüber dem Youngplan abhängig sein. Die Einigung des Kabinetts ist gewiß richtig und erfreulich, aber sie wird ihre Ergänzung in einer unzweideutigen Bindung der Regierungsparteien finden müssen, die vor der Youngentscheidung eine Sicherheit für die Durchführung des Finanzprogramms gibt. Es wird Sache der Reichsregierung sein, eine Bindung zu schaffen und zu verhüten, daß die im Kabinetts mit Mühe und Not überwundene Krise von den Parteien her droht, die Mittel hierzu hat sie in der Hand.“

Hoffentlich zieht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion endlich die notwendigen Konsequenzen gegenüber der Halsstarrigkeit des Zentrums, indem sie einfach eine Entscheidung über den Finanzreformplan der Reichsregierung bis nach der Verabschiedung des Youngplans ablehnt. Eine Rücksicht auf das Zentrum ist jetzt um so weniger angebracht, als, wie das Ergebnis der Beratungen des Kabinetts zeigt, die Zentrumsminister im Reichskabinetts auf der ganzen Linie verlagert und sich dem rein kapitalistischen Standpunkt der Volkspartei in vollem Umfange angeschlossen hat. Noch einmal gesagt: Mit Schwäche und Angst vor den Konsequenzen kommt man im politischen Machtkampf zu nichts, Härte und Rücksichtslosigkeit sind gegenüber verlässlichen und selbst rücksichtslosen Gegnern das einzig Erfolgreiche.

Grundgedanken Stellung nehmen, ohne eine erschöpfende Kritik zu üben.

Der erste Eindruck ist, daß die sozialdemokratischen Reichsminister in der Verteidigung der Arbeitslosenversicherung einen beachtlichen Erfolg erzielt haben. Der Leistungsabbau, den die Deutsche Volkspartei sich zum Ziel gesetzt hatte, ist vermieden. Die Beitragserhöhung, die ebenfalls immer auf ihren bestmöglichen Widerstand gestoßen ist, wird — wenn auch auf etwas verschlungenen Wegen — beschlossen werden. Das alles aber gilt nur für das Jahr 1930. Für das Jahr 1931 sind die Gefahren für die Arbeitslosenversicherung nicht beseitigt, sie können unter Umständen noch größer werden, als sie bisher waren.

Völlig unbefriedigend ist die Regelung der Steuererträge. Lediglich ein Teil der Reserve der Bank für Industrieobligationen wird für allgemeine Finanzzwecke herangezogen. Dafür aber wird jede direkte Belastung der Besitzenden durch Zuschläge zur Einkommensteuer oder etwas ähnliches unterbleiben. Die Steuererhöhungen sind lediglich Erhöhungen von Verbrauchsteuern, von denen der größte Teil den Konsum der Massen trifft und zur Verleinerung der Lebenshaltung führen wird. Dabei muß immer berücksichtigt werden, daß den noch zu beschließenden Steuererhöhungen bereits vorangegangen ist die Erhöhung des Kaffee- und Teezolls, die Erhöhung der Zölle auf Getreide und die Erhöhung der Tabaksteuer, alles in allem eine Belastung von mehr als 300 Millionen Mark. Die völlige Befreiung der Lohnsteuererstattungen in Höhe von 60 Millionen Mark jährlich stellt einen weiteren wichtigen Teil der Moldenhauerischen Reformpläne dar. Dieser Vorschlag ist bei Aufrechterhaltung aller sonstigen Vergünstigungen bei der Einkommensteuer für die Besitzenden ein kraßes Ausnahmegericht gegen die Lohnsteuerpflichtigen und wirkt sich als eine Sondersteuer der Arbeitslosen aus.

Den härtesten Widerstand aber dürften die Vorschläge der Reichsregierung über die künftige Ausgabenbeschränkung und Steuerentlastung finden. Es soll jetzt bereits ein Gesetz beschlossen werden, durch das vom 1. April des nächsten Jahres ab eine Ermäßigung der Lohnsteuer und der Einkommensteuer eintritt. Um diese Steuerentlastung zu ermöglichen, will man die Ausgaben des nächsten Jahres um 600 Millionen niedriger festsetzen als im Jahre 1930. Es wird im einzelnen noch zu zeigen sein, daß diese Ausgabenbeschränkungen nur vorgenommen werden können, wenn wichtige, für die Massen der Bevölkerung unentbehrliche Leistungen für die Allgemeinheit eingeschränkt werden. An Ersparnisse beim Wehretat, beim Pensionsetat und dergleichen denkt die Deutsche Volkspartei selbstverständlich nicht. Sie kommt es darauf an, durch diese Festlegung der Ausgaben schon heute einen gesetzlichen Zwang zur Ausgabenbeschränkung zu schaffen, der ein Ausweichen in der Zukunft unmöglich macht.

Der Gebante, bei den Ausgaben des Jahres 1931 600 Millionen zu ersparen und zur Steuerentlastung zu verwenden, ist aber auch finanzpolitisch im höchsten Maße gefährlich. Er läßt außer acht, daß der Etat des Jahres 1929 einen Fehlbetrag von mindestens 300 Millionen Mark aufweist, der nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften im Jahre 1931 abgedeckt werden muß. Er läßt weiter außer acht, daß für die Darlehen an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 durch den Verkauf von Reichsbahnvorzugsaktien nur eine einmalige Deckung zur Verfügung steht und er mißachtet ferner, daß eine Reihe von Einnahmen des Jahres 1930 im Jahre 1931 nicht mehr vorhanden sein wird. Steuerentlastungen sind daher nur möglich, wenn man in den finanzpolitischen Leistungen der Bürgerblockregierungen zurückfallen oder an den sozialen Ausgaben sparen will.

Wir wollen uns für heute mit diesen kurzen kritischen Bemerkungen begnügen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat bisher keine Stellung zu den Einzelvorschlägen genommen, geschweige denn eine Zustimmung ausgesprochen. Sie wartet ab, bis die Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen und eine sachliche Stellung möglich ist. Daß die Vorlagen bei ihr in ihrer jetzigen Gestalt auf überaus harte Bedenken stoßen und die Zustimmung zu einzelnen Vorschlägen kaum in Frage kommt, steht bereits fest.

Beratungen der Fraktionen

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.)

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Mittwoch abend den Bericht des Reichskanzlers über die finanzpolitischen Beschlüsse des Reichskabinetts entgegen. In einer lebhaften Aussprache wurden in Einzelfragen harte Bedenken geäußert. Eine Stellungnahme zum Ganzen behielt sich die Fraktion für den Zeitpunkt vor, an dem ihr die Entwürfe vorliegen werden.

Die Zentrumsfraktion des Reichstags nahm am Mittwoch einen Bericht über die Verhandlungen der Reichsregierung zur Finanzreform und zur Arbeitslosenfrage entgegen. Die Fraktion verurteilte, ohne eine Entscheidung gefaßt zu haben.

A. Kr. Unser gestern insolge der Kürze und Inhaltslosigkeit der Meldungen nur mit Vorbehalt ausgesprochenes ablehnendes Urteil über das im Reichskabinetts erzielte Steuerkompromiß muß heute, nachdem genauere Angaben über den Inhalt des Kompromißes vorliegen, in vollem Umfange aufrecht erhalten werden. Das Kompromiß erscheint uns nach wie vor als für die Sozialdemokratie unannehmbar. Dagegen ist insofern eine erfreuliche Änderung eingetreten, als sich die gestrige Meldung des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“, daß das Kompromiß der Sozialdemokratie annehmbar erscheine, bislang keine Bestätigung findet. Es wird zwar bisher noch nicht gemeldet, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, das Kompromiß ablehnt, soweit kann es aber auch noch nicht sein, denn die Beratungen darüber haben eben erst begonnen. In-

Revolution nach dem Kalender

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.)

Die Zeitung der Kommunistischen Internationalen hat Ledebur Thälmann nach Moskau geschickt, damit er dort die Vertiefung der Aktion der Kommunistischen Partei erlerne. Mit ihm zusammen sind eine Reihe führender Kommunisten aus anderen Ländern in die Gegend der Komintern zur Entgegennahme von Beschlüssen versammelt worden. Es soll wieder etwas über die Vertiefung der Aktion in der kommunistischen Internationale berichtet werden. Die kommunistische Internationale braucht noch eine Ableitung in Westeuropa. Die wirtschaftliche Lage wird immer schlimmer, die Politik des Führers Sowjetunion hat Sowjetrußland in eine verzweifelte Lage gebracht, jedoch Stalin selbst den Rückzug kommandieren. Diese Rückzugsbewegung soll durch verstärkte Aktion in Westeuropa gedeckt werden.

Es soll wieder etwas geschehen, umso mehr als der für den Februar angekündigte Ausbruch der Weltrevolution ein völliger Fehlschlag war. Seit längerer Zeit schon hat die Weltrevolution bezeichnet, und ihre aktiven Sturmrümpel auf diesen Termin eingestellt. Die Weltrevolution wird von den Kommunisten nach dem Kalender gemacht. Der allgemeine Plan ist für das ganze Jahr fertiggestellt. Die Hoffnungen für den Erfolg der angekündigten Revolution vom 6. März müssen jedoch nicht sehr hoch sein, denn für Wochen später sieht das Kalenderium der Kommunisten den spontanen Ausbruch der Revolution der deutschen Arbeiterklasse gegen die Diktatur der Bourgeoisie voraus. Größtenteils ist zwar inzwischen zurückgefallen, aber das konnten selbst die allwissenden Kommunisten nicht vorhersehen. Die Aufstellung ihres Revolutionskalenders nicht ahnen. Das ist der Aufstellung ihres Revolutionskalenders nicht ahnen. Das ist der Aufstellung ihres Revolutionskalenders nicht ahnen.

Die kommunistischen Organe kündigen für diesen Termin große Kundgebungen auf Straßen und Plätzen in allen Ländern Europas an, in England und in Holland, in Frankreich, in der Schweiz, in Belgien und in Deutschland. Sie haben noch nicht genug von der absoluten Wut des 1. Februar, sie wollen sie im internationalen Maßstab noch einmal erleben. Ihre Absicht, internationale Kundgebungen mit der Polizei, blutige Zwischenfälle zu provozieren, ist klar genug erkennbar. Es wird ihnen jedoch schwerlich gelingen, aus dem einfachen Grunde, weil ihre Kundgebungen nur auf dem Papier stehen. Die Rebellion der Arbeiterklasse und der Funktionäre gegen die nach dem Kalender arbeitende Putschaktion ist in vollem Gange. Die Frage der schlag Berlin Funktionäre an die Zentrale der KPD, werden eure Parolen befolgt, ja oder nein? sagt genug.

Diese Frage trifft ins Schwarze. Die kommunistischen Führer möchten wissen, aber sie finden niemand, der mit ihnen mithinkt. Dennoch schließt diese Frage auch vorbei. Denn wirklich revolutionäre Gesinnung, innerer Glaube an die Möglichkeit eines erfolgreichen kommunistischen Putsches, ist bei den kommunistischen Drahtziehern längst nicht mehr vorhanden. Sie handeln auf Befehl, und was dabei herauskommt, ist ihnen herzlich egal. Es ist ihnen befohlen zu provozieren, und so provozieren sie eben. Das ist auch nur einen nebensächlichen Punkt in Deutschland zustande bringen könnten, daran glauben sie selber nicht. Aber an etwas anderes glauben sie. Zwar nicht mehr an die Weltrevolution, aber an den Weltsozialismus. Den wollen sie nach Möglichkeit provozieren. Die Staatsgewalt in Deutschland ist durch lächerliche, auf den Tag vorher angekündigte Putschabsichten wirklich nicht zu verwirren. Die Interessierten für die großmüßige Ankündigung der kommunistischen Revolution auf den 6. März liegen im Lager der Rechtsradikalen. Dort arbeitet man lieber, dort sieht man den Tag herbei, an dem die Kommunisten ein großes Verbrechen begehen, weil man von diesem Tage antrieb für rechtsradikale Experimente erwartet. Der Putschgedanke spukt im Lager der Rechtsradikalen, das ist unverkennbar. Man braucht die Bedeutung der Organisationsarbeit, die der berüchtigte Oberst Nikolai im Stahlhelm unternimmt, wirklich nicht zu überschätzen — aber das dieser Mann dort eine Rolle spielt, ist ein Zeichen dafür, daß die rechtsradikale Richtung in dieser Organisation Oberwasser gewonnen hat.

Die Rechtsradikalen warten auf einen kommunistischen Putsch, damit sie selber putzen können. Die Kommunisten wollen putzen, um einen rechtsradikalen Putsch zu provozieren, von dem sie neuen Auftrieb für ihre eigenen Bestrebungen erwarten. Da spielt einer dem anderen in die Hand, aber jeder von beiden wird sich gründlich verpielen. Die Missionen beider Teile werden an der Stärke der Staatsgewalt, vor allem aber an dem nächsten realpolitischen Sinn der deutschen Arbeiterklasse scheitern.

Die Weltrevolution wird am 6. März in Deutschland ebenso wenig ausbrechen, wie der deutsche Sozialismus. Darum bleiben doch die Versuche, es zu dem einen oder zu dem anderen zu machen, nicht minder frevelhaft und verbrecherisch. Diese Versuche werden ihre Strafe erhalten. Der 6. März wird zu einer noch kläglicheren Niederlage aller putschistischen Missionen werden, als es der 1. Februar gewesen ist. Daran wird die besohlene Vertiefung der kommunistischen Aktion in Deutschland zu wenig etwas ändern, wie der neue Befehl, den Ledebur Thälmann für die neue Revolution in Moskau erhalten hat. Aus dem Innern der kommunistischen Partei selbst erfolgt heute schon heftige Abwehr gegen diese verbrecherische Taktik. Die kommende Niederlage vom 6. März wird diesen Prozeß beschleunigen.

Vorbereitungen für den 6. März

Königsberg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.)

Als Auftakt zum 6. März, an dem in ganz Deutschland kommunistische Demonstrationen stattfinden sollen, hatten die Königsberger Kommunisten in einer am Mittwoch nachmittags abgehaltenen außerordentlichen Stadtversammlung die Vorbereitung ihrer Kabaumacher in den Zusammenkunftsräumen der Kommunisten, Erwerbslosenvereinen in dieser Sitzung zu behandeln, konnte nicht entsprechen werden, weil die Fraktionsführer sich auf wenige terminmäßig zu behandelnde Punkte geeinigt hatten. Auch die Kommunisten hatten dieser Vereinbarung zugestimmt. Im Verlauf der Verhandlung drangen aus dem Zuschauerraum kommunistische in den Sitzungssaal und vollführten Verbrechen. Die Polizei löste schließlich Ruhe. Als dann später bei einigen kommunistischen Anträgen die Dringlichkeit abgelehnt wurde, ging der Anwalt von neuem los, daß der Stadtverordneten-Vorsteher die Tribüne räumen lassen mußte. Infolge des rabiolen Verhaltens des kommunistischen Fraktionsführers mußte die Sitzung schließlich geschlossen werden.

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.)

Die Berliner Polizei befindet sich ab Donnerstag Morgen wegen der von den Kommunisten für den 6. März angekündigten Revolution in erhöhter Alarmbereitschaft. Die Zeitungsverlage, Arbeitsämter und Fabriken werden den ganzen Tag über von hundert Polizeifreien gesichert werden, trotzdem man allgemein von dem ruhigen Verlauf des Tages überzeugt ist. Die Polizei handelt jedoch nach dem Grundsatz: Vorwärts ist besser als Nachwärts.

In Berlin kam es am Mittwochabend wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. In der Franzlinstraße überfielen 40 bis 50 Kommunisten einen Schupobeamten, schlugen ihn nieder und entließen ihm den Schädel und den Hinterkopf. Der Beamte er-

hielt insbesondere durch Faustschläge Verletzungen im Gesicht und an den Oberextremitäten. Dem alarmierten Überfallkommando gelang es, die Hauptverursacher festzunehmen. Auch an anderen Stellen der Stadt überfielen Kommunisten die wachhabenden Beamten.

In Spandau stillten mehrere Kommunisten ein Restaurant und forderten von dem Wirt die Gratisausgabe von Essen. Es kam zu einer tätlichen Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Kommunisten von dem Wirt mit Unterstützung einer inzwischen angelangten Menge aus dem Lokal herausgeworfen wurden. Das alarmierte Überfallkommando nahm einen der Rowdys fest.

Dresden, 5. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der sächsische Innenminister hat die von den Kommunisten für den 6. März geplanten Demonstrationen verboten. In der Begründung dieses Verbotes heißt es, daß bei den Demonstrationen nach zahlreichen Vorgängen in der letzten Zeit mit Gewalttätigkeiten und sonstigen strafbaren Handlungen gerechnet werden müsse. Es bestehe deshalb eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

München, 6. März. (Eigener Bericht.)

Trotz der polizeilichen Verbote versuchten die Kommunisten am Mittwoch, abends zwischen 8 und 10 Uhr, zu demonstrieren. Sie wollten zweizüge bilden, die sich im Stadtzentrum vereinigen sollten. Die Polizei verlegte aber die Jar-Brücke, über die die Demonstranten aus den östlichen Vorstadtbezirken marschieren mit einem starken Karbon, trieben die Leute mit dem Gummiknüppel auseinander, verhafteten eine große Anzahl und brachten sie auf Lastkraftwagen ins Polizeipräsidium. In sämtlichen Wirtschaften, die als kommunistische Verkehrslokale bekannt sind, wurden außerdem Razzien vorgenommen. Auf diese Weise wurde die Demonstration unterbunden und die Ruhe gegen zehn Uhr wieder hergestellt.

Paris, 5. März. (Eigener Drahtbericht.)

Der Polizeipräfekt von Paris hat anlässlich der von den Kommunisten zum 6. März geplanten Demonstrationen jede öffentliche Kundgebung verboten. Die Polizeiorgane sind gleichzeitig angewiesen worden, auch den geringsten Demonstrationsversuch im Keime zu ersticken.

Wie Herr Grüner lügt

Er wird von einem Zeugen gestellt

Herr Grüner, zur Zeit noch Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht in Berlin, bestritt die ihm von dem Dortmunder Generalanzeiger zugeschobenen Behauptungen über den preußischen Ministerpräsidenten nach wie vor. In einem Berliner Abendblatt läßt er u. a. verlautbaren: „Ich habe nichts dergleichen gesagt, was mir in den Mund gelegt wird.“

Dazu bemerkt der Berliner Vertreter des „Dortmunder Generalanzeigers“, Berthold Jacob: „Die Darstellung des Senatspräsidenten Grüner ist in allen Punkten un wahr. Schon in seiner Angabe des Datums, zu dem ich in seiner Wohnung angefragt hätte, irrt er. Er nennt den Sonntag; in Wahrheit traf ich mein Telefonat am Sonnabend und nachmittags um 19.15 Uhr, nachdem mir auf meinen ersten Ruf von Frau Grüner mitgeteilt worden war, daß ihr Gatte ausgegangen sei und in einer halben Stunde spätestens zurück erwartet werde. Ich habe auch Herrn Grüner nicht gefragt, was er noch weiter in der Angelegenheit Grzesinski unternehmen würde. Die Frage wäre ja auch sinnlos gewesen, nachdem der von Grüner ersehnte „Erfolg“ bereits eingetreten war. Ich fragte Herrn Grüner vielmehr nach dem Inhalt der Unterredung, die er — wie das Abendblatt des „Berliner Lokalanzeigers“ vom Sonnabend berichtete — mit seinem Chef, dem Präsidenten Drews, gehabt hatte. Darauf hat er mir, genau wie ich erwartete, geantwortet, diese Unterredung, die 14 Tage zurückliege, habe „ein Verhalten des preußischen Ministerpräsidenten zum Gegenstand gehabt, das diesem das gleiche Schicksal bereiten dürfte wie Herr Grzesinski“. Es mag sogar sein, daß Grüner, der diesen Satz noch einmal wiederholte, hinzugefügt hat: „wenn ich es beklagen möchte.“ Eine Wendung dieses Sinnes ist aus seinem Munde jedenfalls gefallen.“

Daß es, wie er jetzt behauptet, in seiner Absicht lag, die Persönlichkeiten der Herren Ministerpräsidenten Braun und Chespräsident Drews unter seinen Umständen in diese Angelegenheit hineinzuziehen, davon hat Herr Grüner mit keinem Wort gesprochen. Es wäre sonst auch unverständlich, warum er so großen Wert auf seine Forderung gelegt hat, daß seine Äußerungen nicht gedruckt werden dürfen. Er hat mehrmals betont, daß sie nur zur Information des Generalanzeigers bestimmt wären.“

Als ich im Laufe des Sonntags von einer als zuverlässig bekannten Seite hörte, daß Grüner seine Drohung auch an anderen Personen gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, ja, daß er geradezu herum erzählt, der Ministerpräsident werde wohl das Schicksal Grzesinski erleiden, da habe ich die Redaktion des Dortmund Generalanzeigers von dem Sachverhalt auch in dieser Beziehung unterrichtet und vorgeschlagen, die Erklärung Grüners abdrucken, weil er selbst offenbar auf die vertauschte Behandlung seiner Drohungen keinen großen Wert mehr lege.

Ich erkläre ausdrücklich, daß meine Unterhaltung mit Herrn Grüner in jedem Wort getreu so verlaufen ist, wie ich sie schilderte. Ich bin bereit, diese Darstellung in verantwortlicher Form zu ergänzen und zu bekräftigen.“

Dem Republikanischen Richterbund liegt ein Antrag auf Ausschluß des Senatspräsidenten Dr. Grüner vor. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß dem Antrag in den nächsten Tagen entsprochen werden wird.

Was soll das, Genosse Grimme?

Sonderbare Personalpolitik des neuen Kultusministers

Es wird uns geschrieben: Mit als erste Amtshandlung hat Kultusminister Grimme die bisher von dem sozialdemokratischen Abgeordneten des preußischen Landtages König verwalte Direktorstelle für das gesamte Volks- und Mittelschulwesen beim Provinzialschulkollegium Berlin-Brandenburg dem demokratischen Oberregierungsrat Nummerow übertragen. Der demokratische Kultusminister Kumer besetzte die Stelle seinerzeit mit dem Sozialdemokraten König, der sozialdemokratische Kultusminister übergab sie einem Demokraten. Der sozialdemokratischen Mitglieder der Berliner Lehrerverbände hat sich angesichts des Verlustes der wichtigen schultechnischen Stelle für die Sozialdemokratie eine starke Erregung bemächtigt.

Die Bearbeitung der Schulkraftspersonalien im preußischen Kultusministerium, die bisher dem vor mehreren Tagen schwer erkrankten Sozialdemokraten Wenzel oblag, ist, wenn auch zunächst nur vertretungsweise, dem demokratischen Oberregierungsrat Hilla übertragen worden, trotzdem Hilla von dem demokratischen Kultusminister Beder aus bestimmten Gründen bereits nach Halle versetzt worden war.

Die Demokraten sind in allen Ämtern der preußischen Verwaltung über die Maßstäbe vertreten, ohne daß ihr Nachhänger auch nur irgendwie nachlassen würde. Das sollte auch der preußische Kultusminister, wenigstens insofern berücksichtigen, als er der Sozialdemokratie nicht nur die mit Sozialdemokraten besetzten höheren Schulstellen sichert, sondern ihr darüber hinaus auch den Pfadlos verleiht, der ihr nach ihrer Stärke im Parlament und ihrem Anhang im Lande längst zukommt.

Der „Sozialistische Pressedienst“ erzählt von unterrichteter Seite, daß sich der preußische Innenminister der Vorschläge seines Amtsvorgängers Grzesinski hinsichtlich der Be-

setzung der Oberpräsidenten in Kassel und Steinfurt, der Besetzung des Regierungspräsidiums in Steinfurt zu eigen gemacht hat.

Kommunistische Opposition in Berlin

Die kommunistische Opposition hat dieser Tage in Berliner Bezirken ein Flugblatt verbreiten lassen, in dem die KPD-Bezirke aufgefordert werden, bis von Thälmann-Merker-Ulbricht vorgeschriebenen roten Bezirksräten mit unorganisierten Kandidaten abzusprechen und statt dessen für die einheitlichen sozialdemokratischen Listen einzutreten. Das Flugblatt ist von einer Reihe noch in der KPD stehender Betriebsvertrauensleute unterzeichnet. Nach der Tageszeitung der Brandenburger stehen hinter dem Aufruf kommunistische Funktionäre und Zellen der KPD, Siemenswerke, von Ludwig Löwe, Ulstein, Schwarzkopf, Lindström usw. Diese Bewegung kommunistischer Funktionäre gegen die Zerstückelungspolitik der KPD-Zentrale soll im ganzen Reich fortgesetzt werden.

Neue Gewalttaten der Nazis

Am Mittwoch, gegen 22 Uhr, überfiel ein Trupp Nationalsozialisten in Stärke von 50 Mann ein Reichsbanner-Lokal in Köpenick, Bahnhofstraße 76. Die Verbrecher gaben mehrere Schüsse ab, durch die zwei Reichsbannerleute in den Bauch und in die Brust getroffen wurden. Andere Reichsbannerleute erlitten Arm- und Beinverletzungen. Ein Teilnehmer einer Mieterbesprechung, die im gleichen Lokal tagte, erhielt einen schweren Bauchhieb. Das von Weichen zu Hilfe gerufene Überfallkommando sorgte für den Abtransport der Verletzten nach Bernau. Die nationalsozialistischen Rowdys konnten im Dunkel der Straße entkommen.

Wahlniederlage der KPD

Die Kommunisten holten sich bei den gestern abgehaltenen Wahlen zum Betriebsrat der Berliner Elektrizitätswerke trotz ihrer großen Propaganda eine schwere Niederlage. Auf die freigewerkschaftliche Liste entfielen 3635 Stimmen, während die kommunistische Liste ganze 294 Stimmen aufbrachte. Den 17 Freigewerkschaftlern fehlte demnach im Betriebsrat ein einziger Kommunist gegenüber.

Neues Leben in der Flottenkonferenz

Die Flottenkonferenz, die nach der durch die spanische Regierungskrise erzwungenen Arbeitspause wieder langsam zum Leben erwacht, nahm am Mittwoch die Beratungen über die U-Bootfrage wieder auf. Das Exzerptenkomitee, vor dem diese Frage zur Sprache kam, legte seinen Verhandlungsprotokoll am Mittwoch die Center Vorschläge zu Grunde, die eine Beschränkung der Tonnage für große U-Boote auf 1800 Tonnen, für kleine U-Boote auf 800 Tonnen vorsieht. Außerdem fanden mehrere inoffizielle Besprechungen, darunter solche zwischen Macdonald und Senator Reed von der amerikanischen Delegation statt, die die Kreuzerfrage zum Gegenstand hatten.

Ein Erfolg der deutschen Sejmfraktion

In der Sejmkommission für Bildungs- und Schulfragen haben die Vertreter der deutschen Sejmfraktion einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Der Abg. Uta, der bereits vor einigen Tagen in der Kommission über die Bedrückung der deutschen Privatschulen in Polen gesprochen und dagegen protestiert hatte, brachte nunmehr mehrere Anträge zu dieser Frage ein, die von der Kommission angenommen wurden. Danach soll der Sejm die Regierung auffordern, im Lauf von zwei Monaten den Entwurf eines einheitlichen Gesetzes über das Privatschulwesen in ganz Polen vorzulegen, das dann auch die Dienstverhältnisse der Privatlehrer regeln und sie gegen behördliche Willkürakte schützen würde. Ferner soll der Sejm die Regierung auffordern, bis zur Schaffung dieses Gesetzes den an privaten Volksschulen tätigen Lehrern die Unterrichtsbescheinigung auf unbeschränkte Zeit zu erteilen. Bei Entziehung der Unterrichtsbescheinigung soll der Schulleiter drei Monate vor Beginn des neuen Schuljahres unterrichtet werden. Endlich soll die Angelegenheit der Lehrer des deutschen Gymnasiums in Lodz, denen 1928 die Unterrichtsbescheinigung entzogen wurde, nochmals geprüft werden. Die deutschen Blätter Polens betonen, daß Utas Ausführungen in der Kommission großen Eindruck machten, was dann in diesen für das Deutschtum sehr bedeutungsvollen Beschlüssen seinen Ausdruck gefunden habe.

Stalin auf dem Rückzug

Er gibt die bisherigen Kollektivierungsmethoden auf

Stalin ist in allen führenden Sowjetblättern erschienen Artikel „Erfolgstaumel“, der zurzeit im Mittelpunkt des Interesses steht, gibt sich als ein erster Mahnruf zur Besinnung. Er wendet sich in einer teilweise sehr bitteren ironischen Sprache gegen diejenigen Parteipolitiker, die angesichts der im Schnelltempo fortschreitenden Kollektivierung der Landwirtschaft den Kopf verlieren und siegestrunken alles für leicht und schnell erreichbar halten. Demgegenüber müsse aber mit allem Nachdruck betont werden, daß die „leichte“ Durchführung der Kollektivierung keinesfalls zu bequem scheinenden, zuletzt aber schädlichen Gewaltmethoden führen dürfe. Die „Kolkhozy“ mit Gewalt durchzuführen, wäre dumm und reaktionär. „Wie konnten (so heißt es weiter) in unserer Mitte diese lächerlichen Versuche aufkommen, sich selbst zu überheben? Sie entstanden in dieser Atmosphäre unserer „leichten“ und unerwarteten Erfolge an der Front des Aufbaues der Kollektivwirtschaften. Sie konnten nur entstehen, weil bei einigen unserer Genossen die Köpfe zu wirbeln begannen nach den erzielten Erfolgen, so daß sie die Klarheit des Verstandes und die Nüchternheit verloren.“ Unter nochmaliger Betonung der schädlichen Folgen, die bei einer gewalttätigen Erzwingung der Kollektivierung in überhitztem Tempo unausweichlich wären, erklärt Stalin: diejenige Form, welche die Kollektivierungsbewegung im gegenwärtigen Augenblick annehmen müsse, sei das landwirtschaftliche Artel (Genossenschaft). Bei dieser Form würden die hauptsächlichsten Produktionsmethoden vergesellschaftet, besonders diejenigen der Getreidewirtschaft, nämlich die Arbeitskräfte, die Landnutzung, die Maschinen und das übrige Inventar, das Arbeitsvieh, die Wirtschaftsgüter. Nicht vergesellschaftet würden dagegen die Wohnhäuser mit den Gärten, ein bestimmter Teil des Viehbestandes, das Kleinvieh, das Geflügel. Dieses Artel empfiehlt Stalin als die Grundform der Kollektivbewegung, die in zweckmäßigster Weise zur Lösung des Getreideproblems führt.

Wenn Stalin jetzt so scharfe Worte für die Methoden findet, mit denen die Kollektivierung schon die ganze Zeit betrieben wird, so muß daran erinnert werden, daß er selbst diesen Methoden bisher ihren Lauf gelassen hat. Die jetzt als grobe Unteroffiziere gerügten untergeordneten Funktionäre haben jedenfalls im Sinn der maßgebenden Kreise zu handeln geglaubt. Nachdem nun die Kollektivierungsbewegung ein „wirbelndes Tempo“ angenommen hat und der Sowjetregierung über den Kopf wächst, bleibt es fraglich, ob sie and wie sie in geregelte Bahnen gelenkt werden kann.

Außerdem aber bedeutet auch die Zurückziehung auf den Artel, d. h. landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, eine grundsätzliche Schwächung Stalins und den Rückzug auf ganz andere, bisher von den Kommunisten streng abgelehnte Wirtschaftsformen.

45

95

145

195

295

In der Kette von Erfolgen

die wir zu verzeichnen haben, bilden die groß vorbereiteten

SERIEN-TAGE

das wichtigste Glied. Wenn Sie jetzt bei uns sehen, was es in den niedrigen Preislagen alles gibt, werden Sie freudig zugreifen.

Beginn: Freitag, den 7. März. Vorverkauf: Donnerstag, den 6. März

Strümpfe - Socken

- Seidenflor oder künstl. Waschseide, II. Wahl, farb., Paar **-.45**
- Echt ägyptisch Mako oder prima Seidenflor, oder künstliche Waschseide, fehlerfrei, mod. Farben, Paar **-.95**
- Flor mit Kunstseide plattiert, oder Kaschmir, reine Wolle, viele Farben, fehlerfrei **1.45**
- Bembergseide „Gold- und Silberstempel“, feinmaschig, großes Farbensortiment **1.95**
- Jacquard-Socken hübsche Muster **-.45**
- Schweiß-Socken gute Qualität **-.95**
- Flor-Socken mit Kunstseide, plattiert, moderne Musl., Paar **-.95**

Handschuhe

- Wildleder inkl. mit Manschetten **-.45**
- Waschleder inkl. gelb gesteppt, f. Dam. u. Herr., Paar **-.95**
- Künstliche Waschseide mit eleg. Umschlagmanschetten **1.45**
- Waschleder zum Selbstwaschen weiß u. gelb, oder Glacé, für Damen, viele Frühjahrstfarben **2.95**
- Nappa-Handschuhe für Damen und Herren, weiche Qual., Paar **3.95**

Herren-Artikel

- Kragen 4 fach Mako, moderne Umlegeform oder mit Ecken oder der angenehme halbstreif. Kragen **-.45**
- Garnituren Hosenträger, Socken und Ärmelhalter, I. Karib **-.95**
- Hosenträger „unsere Spezialmarke“, starke Gummiqualität **1.45**
- Selbstbinder reine Seide, ganz neue Farbstellungen, breite Form **1.95**
- Oberhemden weiß Kumpfstoff mit hübschen Popelinschnittsen oder Zephir, gefütterte Brust, moderne Stellen **2.95**
- Oberhemden farbig Trikolente, ganz neue Dessins **4.95**

Trikotagen-Schlüpfer

- Einsatzhemden weiß Rumpfstoff, mit mod. Rippschnittsen, normale Größen **1.45**
- Mako-Hosen gute Qualität, normale Größen **1.45**
- Mako-Hosen echt ägyptisch Mako, schlüssige Qualität, normale Größen **1.95**
- Mako-Hemden Doppelbrust, gute, haltbare Qualität, normale Größen **1.95**
- Mako-Hemden echt ägyptisch Mako, Doppelbrust **2.95**
- Unterzieh-Schlüpfer fein gerippt **-.45**
- Kinder-Schlüpfer Baumwolle hübsche Farben **-.95**
- Damen-Schlüpfer echt ägyptisch Mako, gute Qualität, Größe 42-48 **1.45**

Küchen-Wäsche

- Pollertücher gelb oder kariert **5 od. 2 Stück -.45**
- Wischtücher rot und blau kariert **8 Stück -.45**
- Handtücher Gerstenskorn mit rot. Kante, ger. u. geb. 8 St. **-.95**
- Wischtücher halbleinen, gestümt und gebündert 8 St. **-.95**
- Wischtücher Elstmuster, rot u. blau kariert 50x50 6 St. **1.45**

Bett- u. Tischwäsche

- Betttücher geblickt Kreas, 150x200 **1.95**
- Barchent-Betttücher mit Indanthren-Kante 140x190 **2.45**
- Damast-Tischtücher vollweiß gebli., einstück, mod. Musl. 150x160 **2.95**
- Bettgarnituren 1 Deckbett, 1 Kissen glatt, guter Wascheff 1 Kissen mit Klöppelgarnierung **4.95**

Damen-Wäsche

- Träger- oder Achselschlüß-Hemden Waschestoff m. Klöppel od. Stickereigarnierung **-.95**
- Kinder-Hemdchen weißer Waschestoff m. Klappe u. farbige Blende **-.95**
- Damen-Hemdchen Wäschebatist mit Valencienneverzierung **1.45**
- Damen-Nachthemden farbig Wäschebatist mit schwarzem Satin garniert **1.95**
- Damen-Nachthemden weiß Waschestoff, m. gestickt, farb. Weste und Umlegekragen **2.95**
- Damen-Schlafanzüge farb. Wäschebatist, m. lg. Arm u. schwarz. Selbblende **3.95**

Frottier-Wäsche

- Handtücher Fäuselstoff, mit roter Kante, 40x60, 3 Stück **-.45**
- Handtücher Jacquard-qualität, m. farb. Kante, 1.45 **-.95**
- Badetücher dicke, solide Qualität **100x100 1.95**

Taschentücher

- Kinder-Taschentücher mit farb. Schaurkante od. Zickchenrand 6 St. **-.45**
- Damen-Taschentücher weiß Mako, mit farbiger Kante **6 Stück -.95**
- Herrn-Taschentücher weiß Linon, mit mod. farb. Kante, 4 Stück **-.95**

Schürzen

- Damen Jumper-Schürzen aus bunten Indanthrenstoffen **1.45**
- Mädchen-Schürzen blau Indanthrenstoff, mit buntemmuster. Unterteil, Größe 40-70 **1.45**
- Damen-Berufsmäntel farbiges Zephir oder weiß Linon **2.95**
- Damen-Berufsmäntel aus marinefarbigem od. schwarzem Satin **3.95**

Kunstseiden - Wäsche

- Damen-Schlüpfer gestreifte Kunstseide, solide Quol., II. Wahl **-.95**
- Damen-Schlüpfer gute Charmeuse-Quolität, z. T. fehlerfrei, viele Farben **1.95**
- Damen-Hemdchen od. Prinzeshöcke, gestreift Atlas-Trikot m. Valenciennespitzengarnierung, II. Wahl **1.95**
- Damen-Prinzeshöcke gestreift Atlas-Trikot, oben mit Valenciennespitze, viele Farben, fehlerfrei **2.45**
- Damen-Schlüpfer prima doppelseitig Charmeuse, z. T. fehlerfrei, moderne Farben **2.45**
- Damen-Prinzeshöcke prima Charmeuse mit einseitigem Spitzengalon, helle Farben, fehlerfrei **3.95**

Korsetts

- Strumpfhalter-Gürtel Kunstseide-Drell mit 4 Halter, od. Tanzgürtel aus Gummiband **-.45**
- Büstenhalter gestreift Atlas-Trikot mit Zickenspitze **-.45**
- Strumpfhaltergürtel aus gestreiftem Satin-Drell, ganz gefüttert, mit 4 Halter **-.95**
- Strumpfhaltergürtel aus gemustertem Kunstseidendrell, mit Gummiband und 4 Rückenhalter **1.45**

Wollwaren

- Damen-Pullover o. Arm. Kunstseide, plattiert mit aparrer Bordüre **2.45**
- Damen-Pullover oder Lumberjack, Kunstseide plattiert, hübsche Quersirel en. lebhaft Farben **2.95**
- Damen-Trikot-Kleider Pulloverform, lebhaft Melangen, Gr. 40-48 **3.95**
- Damen-Morgenröcke solider Wellin, mit Atlasgarnierung oder reichhaltiger Stickerei **3.95**
- Damen-Strickröcke reine Wolle, viele Farben **4.95**
- Damen-Kleider 2teilig, mit Kragen und inkl. Wildleder-gürtel, mod. Tweed-Charakter, viele Farb. **5.95**
- Basken-Mützen reine Wolle, gewalkt oder Wolle m. Kunstseide, gestrickt **-.95**
- Kinder-Hütchen moderner Stronstoff, Tweedmuster oder bunter Seidenstoff **1.45**
- Kinder-Kleidchen z. T. reine Wolle, mit Jacquardkante, Länge 45-70 **6.95**

Wirkwaren

- Unterzieh-Hemdchen volle Achsel, 1x1 gestrickt **-.45**
- Unterzieh-Schlüpfer echt ägyptisch Mako, fein gewirkt **-.95**
- Hemdchen echt ägypt. Mako, mit Vollachsel u. lg. Bein **1.95**

Modewaren

- Kleider-Kragen Crêpe de Chine, reich bestickt **-.45**
- Kleider-Garnituren Kunstseidenrips, m. einstück. Verzierung **-.95**
- Bindekragen Crêpe de Chine, mit Zickengarnierung **1.45**
- Damen-Tücher Crêpe-Chinoise, mod. Dreieckform, nach transalischer Art gemustert **1.95**

SAXONIA

Wollwarenhaus Falk & Posener

Ohlauer Straße 60/61, am Christophorplatz.

Zahlungsvereinfachung durch die Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstraße 67

Der Prozeß gegen die Sparkassenbeamten

Der Stadtkämmerer als Zeuge

Man hatte schon lange Mißtrauen gegen Paul - Heute sind solche Verfehlungen nicht mehr möglich

Die interessantesten Aufschlüsse über den inneren Betrieb der Giro-Abteilung gab in der gestrigen Verhandlung der Stadtkämmerer B. S. Er blieb zwar unvereidigt, da er...

auch dann, als die stattgefundenen Revisionen nichts ergeben hatten. Das vorhandene Mißtrauen war dann auch die Veranlassung, daß die Giro-Abteilung in die Hauptkasse verlegt wurde.

Daß die Verfehlungen durch fast zwei Jahre hindurch unbemerkt blieben, läßt sich nur durch das enge Zusammenarbeiten aller in der Girokasse beschäftigten Angestellten und Beamten erklären.

Der Zeuge wies darauf hin, daß solche Verfehlungen heute bald durch eine moderne Revision aufgedeckt werden dürften.

Völlig ungeeignet dürfte es auch sein, daß in solchen Kassen die Revisionstage, und zwar nicht nur die ordentlichen, sondern auch die außerordentlichen Revisionen vorher bekanntgegeben werden.

In der gestrigen Sitzung wurden nur diese zwei Zeugen gehört und der Rest des Verhandlungstages mit der Prüfung der Belege und Wechsel ausgefüllt.

1. Der Magistrat wird aufgefordert, die in der Stadtverordnetenversammlung vom 27. Februar 1930 im Interesse der Neubaumieter gefaßten Beschlüsse allgemeiner Art und insbesondere betreffend Mietrenten in den Zimpeler Neubauwohnungen baldmöglichst durchzuführen.

2. Die versammelten Mieter fordern die sofortige Einstellung aller eingeleiteten Zwangsmaßnahmen gegen die Zimpeler Neubaumieter.

3. Die Versammelten erinnern daran, daß heute noch dem Magistrat ein Beschuß vom Oktober 1929 vorliegt, der die Rückgängigmachung der seitherzeit zweimal erfolgten Mietserhöhung um je 10 Prozent fordert.

4. Diese Vorkommnisse haben bewiesen, daß die Verwaltung des Kleinwohnungs-Dezernats heute nicht in den richtigen Händen liegt. Aus diesem Grunde wird die sofortige Neubesehung dieses wichtigen Dezernats mit einem Sachmann gefordert.

5. Die Versammelten erheben erneut ihre Forderungen auf:

- a) Wegfall der Strafreinigungspflicht der Mieter, b) volle Verzinsung der Mietsrückstände, c) Beilegung des Wabenaufschlages, d) Überprüfung aller Mietverträge der Siedlungsgesellschaft Breslau u. G.

6. Die Versammelten fordern von der Siedlungsgesellschaft bzw. dem Magistrat, daß über diese Punkte unverzüglich Verhandlungen mit dem Neumieterschutzverband mit dem Ziel der Durchführung dieser Forderungen aufgenommen werden.

Eine Feuerstuhwoche

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Kunderloß des preussischen Ministers des Innern entnimmt, beabsichtigt die Arbeits- und Interessengemeinschaft deutscher Feuerwehrorgane, Berlin, in der Zeit vom 27. April bis 1. Mai eine Feuerstuhwoche abzuhalten.

Mit Rücksicht darauf, daß jährlich durch Brände in Deutschland etwa 1400 Menschen ihr Leben verlieren und fast eine halbe Milliarde Mark an Sachwerten vernichtet werden - Zahlen, die bei Anwendung genügender Vorsicht und sachgemäßer Bekämpfung sich zweifellos ganz erheblich verringern lassen - verdient die Feuerstuhwoche allgemeines Interesse.

Fasnachtsfeier der Taubstummenanstalt

Herr Direktor R a r t h begrüßte die zu dem Fest der Kinder in sehr stattlicher Zahl erschienenen Freunde und Gönner der Anstalt mit dem Wunsche, daß ihnen der Abend einen Einblick in die Eigenart der Taubstummen gewähren und sie teilnehmen lassen soll an ihrer Freude.

Die Kundgebung der Neubau-Mieter

Die Breslauer Siedlungsbewohner fordern sofortige Durchführung der Stadtverordnetenbeschlüsse

Der Neumieterschutzverband als Dachorganisation der verschiedenen Breslauer Siedlungsvereine, der gleichzeitig mit der Durchführung der Arbeitsgemeinschaft der Neubaumieterorganisationen Deutschlands beauftragt ist, veranstaltete gestern im großen Schloßbergsaal eine große Kundgebung mit dem Thema

Die Katastrophe in der Neubau-Mietepolitik

In seinen Begrüßungsworten konnte Genosse W i d e r a vor der Versammlung den letzten Platz gefüllten Versammlung weder einen Vertreter des Magistrats, noch den ebenfalls geladenen Oberbürgermeister begrüßen.

Redner des Abends war der II. Vorkämpfer des Neubau-Mieterbundes Berlin, Hans B e d, der einleitend betonte, daß die gesamte deutsche Neubaumieterpolitik an dem in Breslau ausgebrochenen Kampfe interessiert ist.

Eine Entschlieung über die örtlichen Auseinandersetzungen

stellt nochmals die Forderungen der Neubaumieter klar. In der ebenfalls angenommenen Entschlieung heißt es:

von Verordnungen, die den heutigen Differenzgewinn des Hausbesitzers bei der Veranlagung der Hauszinssteuer unmöglich machen.

8. Volle Verwendung des Hauszinssteueraufkommens zum Zwecke des Wohnungsbaues und der Mietrenten.

4. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswezens zur Schaffung eines Wohnungswirtschaftsgesetzes für Alt- und Neubaumieter. Bis dahin Unterstellung aller Neubauwohnungen unter die bestehenden Mieterchutzgesetze.

5. Sofortige Bereitstellung von öffentlichen Mitteln zur Mietrenten in Neubauwohnungen durch Gewährung von Zinszuschüssen.

6. Geheuliche Anerkennung der Mieternetzretungen und ihrer Heranziehung zu allen Körperschaften, die sich mit der Erstellung von Neubauwohnungen befassen.

Die Versammlung erklärt sich bereit, für diese Mindestforderungen alle ihre Kräfte einzusetzen. Sie spricht dem Neumieterschutzverband Breslau e. V. für seine Tätigkeit ihre Anerkennung aus.

Eine Entschlieung über die örtlichen Auseinandersetzungen

stellt nochmals die Forderungen der Neubaumieter klar. In der ebenfalls angenommenen Entschlieung heißt es:

Edisons bester Mitarbeiter

Ein Breslauer sozialistischer Flüchtling - Der bucllige Breslauer Student Karl Steinmetz als Genosse in Breslau verfolgt und gedemütigt, in Amerika ein Genie

Wer kennt nicht Edison, den weltbekannten Erfinder. Spricht man von einer Erfindung, denkt man gleich an Edison, diesen genialen Erfinder, der das Erfinden als Beruf betreibt, auch jetzt noch, wo er die 80 Jahre längst auf dem Bude hat.

Karl Steinmetz, der bucllige sozialistische Student, in Breslau von der Polizei verfolgt, wegen seinem Körperwuchs dauernd Demütigungen ausgesetzt, einsam und verlassen, wurde in Amerika Freund und Mitarbeiter des großen Edison.

Arbeit und wurde auch Mitarbeiter am Parteiorgan. Trotzdem arbeitete er rastlos an seiner Weiterbildung, trieb technische und mathematische Studien.

Sozialdemokratischer Student sein war damals auch in Breslau äußerst gefährlich. Man wurde als vogelfreier Mann gehetzt und schikaniert. Gut so - das Polizeipreußen hätte sowieso dem Genossen Steinmetz nichts geben können.

Gewerkschaftshaus-Schispiele

Donnerstag und Freitag, 5 bis 8 Uhr:

Ein Unterseebootfilm. Die Wunder des Amazonasstromes und die Geheimnisse des Inlandes.

Jugend verboten!

Erwerbslose u. Kleinrentner bis 5,30 Uhr nur 25 Pf., mit Ausweis 50 Pf., ohne 70 Pf. Arbeiter-Sportstall

Der Redner wandte sich dann gegen die Pläne, die den Vorbehalt der Mietangleichung machen. Das würde dazu führen, daß nach Fertigstellung jedes Hauses die Mieten für alle bisher festgesetzten Siedlungswohnungen erhöht würden.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenen Referat wurde den Parlamentsvertretern Gelegenheit zur Abgabe kurzer Erklärungen gegeben. Der kommunistische Abgeordnete W o l l e n b e r g erlangte den bekannten kommunistischen Schwaneingang von der Erweiterung der Kampffront auf alle Neubaumieter, Streit der Neubaumieter und Wahl von Kampfausschüssen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion sprach sich mit dem Magistrat über die Möglichkeit, die Mieten für alle Neubaumieter zu vereinheitlichen.

Opfer des Fortschritts

Storbende Heimarbeit — unsterbliches Elend

Die Zahl der Hausarbeiter sinkt. Die Rationalisierung ist drauf und dran, die Heimarbeit aufzuheben. Gott sei Dank! möchte man ausrufen; allein dem alten Kammer folgt nur neues Elend, dem Elend der Heimarbeit das der Arbeitslosigkeit. Neue Not entsteht in den Heimarbeitersiedlungen und damit entstehen neue soziale Gefahren, auf die rechtzeitig hingewiesen werden muß.

Der Rückgang der Heimarbeit zeigt sich besonders deutlich in Bayern. Nach den Gewerbeaufsichtsberichten gab es 1928 in Bayern 23.693 Hausarbeiter; sie verteilten sich in der Hauptsache wie folgt: Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 11.187, Textilindustrie 5683, Holz- und Schnittdruckindustrie 2011, Metallverarbeitung 1429, Papierindustrie 1373, Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie 998. Die vorletzte Erhebung der bayerischen Gewerbeaufsicht über den Stand der Hausarbeit im Jahre 1908 ergab für Bayern noch insgesamt 46.628 Hausarbeiter. Danach ist die Zahl der Hausarbeiter in Bayern in einem Zeitraum von rund zwanzig Jahren um 23.935 oder um fast 50 Prozent gesunken. In Sachsen ist die Zahl der Hausarbeiter nach den Gewerbeaufsichtsberichten vom Jahre 1928 gegenüber dem Jahre 1927 um 1812 zurückgegangen. Hier gab es am 1. August 1928 noch 91.877 Hausarbeiter. In Thüringen betrug der Rückgang von 1927 auf 1928 rund 11 Prozent; die Zahl der Hausarbeiter sank von 20.041 auf 17.810. In Unhalt, in Lippe-Deimold, im preussischen Regierungsbezirk Minden, in Württemberg — kurz überall, wo Hausarbeit vertreten ist, läßt sich ihr Rückgang feststellen. Man überstreift nicht, wenn man den Gesamtzustand während der letzten zwei Jahrzehnte auf 50 Prozent beziffert. Noch ist die Rolle der Hausarbeit innerhalb der deutschen Wirtschaft nicht bedeutungslos geworden, allein sie ist im Absterben begriffen.

Die Ursachen für den Rückgang der Heimarbeit liegen in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, in der Rationalisierung, in den Umwälzungen der Wirtschaft, der Technik und der Mode. Die Gewerbeaufsichtsberichte bringen das unverhohlenen zum Ausdruck. Die Berichte betonen, daß ganz besonders die modernen Großbetriebe des Bekleidungs- und Reinigungsgewerbes die Heimarbeit verdrängt haben. Sobald Maschinen vorhanden sind, die die Handarbeit, das heißt die Arbeit des Hausarbeiters übernehmen könnten und sowohl qualitativ wie quantitativ mehr leisteten, also billiger produzierten, verschwindet der Hausarbeiter. In den rationalisierten Industrie- und Wirtschaftszweigen werde der Heimarbeiter überflüssig. Diese Entwicklung wird von vielen Gewerbeaufsichtsbürokraten, vor allem für die Zigarren-, die Strickwaren-, die chemische und Papier verarbeitende Industrie festgestellt. Im württembergischen Bericht heißt es z. B., daß die Strickwarenindustrie eine verhältnismäßig gute Geschäftslage gehabt habe, trotzdem aber den Beschäftigungsgrad der Hausarbeiter nicht auf der alten Höhe halten konnte, da infolge der Einführung neuer Maschinen nur noch die aller einfachste unvermeidliche Hilfsarbeit an Hausarbeiter abgegeben werde. Im gleichen Bericht heißt es von der Textilindustrie, die Hausarbeiter der Textilindustrie würden überflüssig, weil durch gute technische Einrichtungen die Fabriken in der Lage seien, das Material rein mechanisch zu vorzubereiten, daß es ohne weitere Verarbeitung verwendet werden könne. In der rationalisierten Industrie lohnt sich heute die Heimarbeit nicht mehr; sie bietet dem Kapitalisten keinen Vorteil mehr. Die Ersparnisse, die er durch Heimarbeit bisher an Fabrikraum, Versicherungsbeträgen, Löhnen usw. machte, sind nicht mehr so groß, daß es sich lohnt, nach durchgeführter Rationalisierung noch Hausarbeit zu vergeben.

Die Geschmacksveränderung der Bevölkerung hat nach dem Urteil der Gewerbeaufsicht ebenfalls verschiedene Teile der Heimindustrie zum langsamen Absterben verurteilt. Das Gleiche gilt von der Veränderung der Exportverhältnisse. Eine weitere nicht unwesentliche Ursache für die Abnahme der deutschen Hausarbeit liegt darin, daß gewisse Wirtschaftszweige, die sich bisher hauptsächlich auf Hausarbeit stützten, in andere Länder abgewandert sind, wo billigere Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Der deutsche Hausarbeiter arbeitet nicht mehr billig genug. Vor allem hat es der Arbeiter nachwuchs der Heimindustrie, sobald sich irgendwo Gelegenheit bot, vorgezogen, lieber in die Fabrik zu gehen, als zu Hause in dem Elend zu verbleiben. Überall, wo genügend Gelegenheit zur Fabrikarbeit vorhanden war, oder neu auftrat, ist ein dauernder Rückgang der Hausarbeit zu beobachten. Die besseren Verdienstmöglichkeiten des Fabrikarbeiters geben den Anreiz zur Abwanderung aus dem Heimarbeitersiedlung. So hat also auch der allgemeine soziale Fortschritt der Arbeiterklasse indirekt zur Verringerung der Zahl der Hausarbeiter beigetragen. Als Fabrikarbeiter konnte der Heimarbeiternachwuchs eher ein paar Groschen verdienen und eher Mensch sein.

Leider hat nur ein Bruchteil der durch die Entwicklung in der Hausindustrie freigesetzten Arbeitskräfte in Fabrikarbeit ein Fortkommen gefunden. Der Hauptteil, der durch das Absterben der Hausindustrie beschäftigungslos gewordenen Heimarbeiters wanderte ab zur großen Armee der Dauerarbeitslosen. Der Mehrzahl der Arbeitslosen gewordenen Hausarbeiter ist eine neue Beschäftigung und damit eine neue Existenz zur Zeit so gut wie verfallen; denn, ganz abgesehen von der allgemeinen Arbeitsnotlage, ist in mancher Heimarbeitersiedlung die Möglichkeit, in einer Fabrik Beschäftigung zu finden, entweder gänzlich oder nur in sehr geringem Maße vorhanden.

Die große Masse der Heimarbeiter hat also nur das Elend der Heimarbeit mit dem Arbeitslosenelend vertauscht. Nachdem sie jahrzehntelang auf hartem Boden ausgebeutet worden ist, wird sie nunmehr reiflos dem Elend der Arbeitslosigkeit ausgeliefert. Das Absterben der Heimarbeit bedeutet für den Großteil ihrer Arbeitskräfte den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch und damit für viele völlige Verzweiflung. Die Situation in vielen Heimarbeitersiedlungen ist recht ernst. Hier sind neue

Gefahren im Anzug, auf die die verantwortlichen Stellen nicht rechtzeitig und nicht nachdrücklich genug aufmerksam gemacht werden können.

Entlassungen bei der polnischen Staatsbahn

30 000 in den letzten Monaten

Bei den polnischen Staatseisenbahnen sind in den letzten Monaten rund 30 000 Arbeiter entlassen worden, da die Arbeiten zur Ausbesserung der Anlagen bis auf ein Minimum eingeschränkt wurden. Infolge des ständig abnehmenden Güter- und Passagierverkehrs wurden verschiedene wenig benutzte Züge ganz aufgegeben und die noch laufenden im Wagenbestand verkleinert.

Die Verhandlungen zur Neuregelung des Mantel- und Lohnkariffes der Maßschneider

die zurzeit in Braunschweig stattfinden, werden aller Voraussicht nach Ende dieser Woche zu einem Abschluß gebracht werden. Die Verhandlungen werden von drei Unparteiischen ge-

führt, die für Mantel und Lohn einen Spruch fällen werden. Die Mantelkariffverhandlungen sind bereits abgeschlossen. Die Lohnverhandlungen haben am Montag begonnen. Sie dürften sich ebenso schwierig gestalten wie die Mantelkariffverhandlungen, die zeitweise aufzuliegen drohten, da von den Arbeitgebern verschiedene Verschlechterungsanträge gestellt worden sind, so zum Beispiel Kürzung des Heimarbeiterszulages und eine ganze Reihe von Punkten, vor allem auch die Lohnhöhe, strittig sind.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat — parallel mit der sozialdemokratischen Partei — beschlossen, die Gewerkschaftsmitglieder aufzufordern, bei der Volksabstimmung über die Revision der Alkoholgesetzgebung am 6. April für die Arbeiterunion, d. h. das Gewerkschaftsstatut der Mostauer Hochburg Schaffhausen dagegen, die unter kommunistischer Führung steht, beschloß, der Partei der kommunistischen Partei zu folgen und von den Mitgliedern der Schaffhauser Gewerkschaften die Ablehnung des Revisionsentwurfs zu fordern. Der Bundesausschuß der Schweizer Gewerkschaften sah sich deshalb genötigt, dem Gewerkschaftsstatut die Zugehörigkeit zum Gewerkschaftsbund abzuverleihen. Die Schaffhauser Sektionen der Schweizer Gewerkschaften müssen also ihre Mitgliedschaft bei der Arbeiterunion lösen.

Dieser Beschluß verwandelt den jahrelangen geheimen Kampf zwischen bundesstreuen und kommunistischen Gewerkschaften in Schaffhausen in einen offenen Konflikt. Die Entscheidung dürfte zugunsten des Gewerkschaftsbundes fallen.

Lehren für die Kommunalpolitik

Kommunal финанzen und Arbeiterklasse

In der Unternehmerpresse herrschte bei der Nachricht, daß die Stadt Berlin evtl. bereit sei, ihren Aktienbesitz von 18,5 Millionen Mark an der gemischtwirtschaftlichen Südwest-N.G. Berlin, an die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen (Gesfue) zu verkaufen, eitel Freude. Der Stadt Berlin wurde das Zeugnis ausgestellt, daß sie endlich den Weg der Vernunft betreten habe, um sich nicht durch Erhöhung der Steuern, sondern durch den Verkauf von Substanz die erforderlichen Einnahmen zu beschaffen.

Auf den ersten Blick scheint die Maßnahme auch kommunalpolitisch ganz plausibel. Steuererhöhungen sind außerordentlich unpopulär. Das gilt auch für Berlin. Der Verkauf zum Kurse von 135 Prozent läßt der Stadt Berlin eine Einnahme, die in dem Augenblick, wo von der Frage Steuererhöhung oder nicht, wahrscheinlich die Regierungsfähigkeit abhängt, fast die Hälfte der erforderlichen Mehreinnahmen allein deckt. Freilich steht noch ein zweites Geschäft neben diesem Aktienverkauf. Die Stadt Berlin läßt sich für 14 Jahre die Konzessionsabgaben ganz oder teilweise im voraus bezahlen, wofür die Südwest-N.G. ihm die Gesfue bis zum Jahre 1950 laufende Konzession zur Belieferung von Wilmersdorf, Schöneberg und Schmaragdort bis zum Jahre 1960 verleiht. Auch das scheint auf den ersten Blick weiter nicht gefährlich zu sein, denn die Südwest-N.G. ist durch Vertrag verpflichtet, ihre Strompreise nicht über die der Stadt Berlin hinaus zu erhöhen, und außerdem muß die Südwest-N.G. ihren zusätzlichen Strombedarf bei den Berliner städtischen Elektrizitätswerken decken.

Dennoch tut die deutsche Arbeiterklasse die in den Kommunen und in der öffentlichen Wirtschaft heute ihre wichtigsten Positionen zu verteidigen hat, auf Vorzicht wälzen zu lassen. In ganz Deutschland sind die Kommunen unter dem starken Druck der Banken und des Privatkapitals gestellt, deren Vordringen der politisch unverantwortliche Reichsbankpräsident Dr. Schaack ist, und jeder Tag kann für jede deutsche Stadt, in der die Vertreter der Arbeiterschaft mit zu entscheiden haben, eine ähnliche Situation herbeiführen wie in Berlin. Es hat sich schon in Berlin gezeigt, daß beispielsweise das Schwerekapital von der Ruhr, als die Stadt Berlin bei einer anderen Arealabteilung 45 Millionen Mark Aktien der deutschen Gasgesellschaft als Sicherheit hinterlegen mußte, sofort die Gelegenheit beim Schopfe packte, um sich auch dieser Aktien zu bemächtigen. Die Ruhrgas-N.G. in Essen, die den Kampf gegen die öffentliche Wirtschaft mit ihren Ferngaspipen verfolgt, hat der Stadt Berlin — glücklicherweise vergeblich — die Hälfte ihrer eigenen Gaswirtschaft stillzulegen und dafür sogenanntes Zufaggas von der Ruhr über eine Entfernung von 500 Kilometern zu beziehen.

Konsumgenossenschaftliche Schlamperie in Russland

Die „Krasnaja Gazeta“ vom 10. Dezember berichtet über eine Gerichtsverhandlung gegen die Leitung des Geflügelgeschlächthofes, den der Moskauer Bezirksverband der Konsumvereine eingeregelt hat. Das Handelskommissariat hatte sich verpflichtet, an den Bezirksverband monatlich 60 000 Stück Federvieh zu liefern. Die Waggons kamen an und blieben liegen. Eine Fütterung und Tränkung der Tiere unterließ, so daß sie zu Tausenden eingingen. Schließlich wurden die Waggons ausgeladen, das heißt, die Beschläge mit dem Federvieh wurden einen Abhang hinuntergelassen, wobei der Rest zum großen Teil auch noch einging. Schließlich brachte man die noch lebenden Tiere in lichtlosen Räumen unter, ebenfalls ohne sie zu füttern und zu tränken, so daß nun noch die übrigen Tiere verendeten, nachdem sie sich gegenseitig aus Hunger zerfleischt hatten.

Die Leitung des Vereins wurde nun angeklagt. Dabei ergab sich, daß man einen Arbeiter, der den Standal melden wollte, als „inneren Feind“ bezeichnet hatte. Es erfolgte die Verurteilung der leitenden „Genossenschaftler“ zu drei, zwei und einem Jahre Freiheitsentziehung. Man stelle sich vor, daß ein solcher Vorgang in Deutschland passiert wäre und denke sich die Bezeichnungen aus, die von der kommunistischen Presse den „Sozialfaschisten“ beigelegt worden wären.

In der Tat ist aber gerade der Berliner Fall für die Kommunalpolitik der Arbeiterklasse sehr lehrreich, wenn man genauer zusieht. Für die von der kapitalistischen Presse so gern behauptete Mißwirtschaft in den öffentlichen Betrieben ergibt sich freilich aus dem Berliner Vorgehen auch nicht der Schatten eines Beweises. Die in Berlin und auch in anderen Städten notwendig gewordene Tarifierhöhung hat nicht das geringste mit finanzieller Mißwirtschaft zu tun, am allerwenigsten in den kommunalen Betrieben selbst. Solche Tarifierhöhungen, die im höchsten Maße schmerzhaft auch für die arbeitenden Massen sind, sind die Folge der nicht vorherzusehenden Schwierigkeiten auf dem internationalen Kapitalmarkt. Während des ganzen vorigen Jahres, und sie sind hauptsächlich die Folge jener Katastrophenpolitik, die die Unerschütterlichkeit des Dawes- bzw. Youngplans durch die Versperzung der deutschen Grenzen gegen den Zutritt von ausländischem Kapital nachzuweisen vermag. Aus solchen erzwungenen Tarifierhöhungen so bedauerlich sie sind, läßt sich also kein Kapital zum Beweise der öffentlichen Mißwirtschaft schinden. Eine Tarifierhöhung ist letzten Endes nur eine andere, wenn auch sehr unerfreuliche Form der Besteuerung.

Ganz anders steht es mit sogenannten Substanzverkäufen, auch wenn es sich nur, wie im Berliner Fall, um starke Beteiligungen handelt. Die Stadt Berlin hatte, als im Jahre 1920 die Einheitsgemeinde Groß-Berlin errichtet wurde, die genannten Aktien aus dem Besitz der eingemeindeten Städte Wilmersdorf, Schöneberg und Schmaragdort geerbt. Die genannten Städte hatten sich diese 45prozentige Aktienbeteiligung ausbedungen, als sie mit der privatkapitalistischen Gesfue die Stromversorgung ihrer Stadtgebiete vereinbarten. In der 45prozentigen, also sehr erheblichen Beteiligung, kam der Wille der Städte zum Ausdruck, für die ganze Dauer des Konzessionsvertrages über die Südwest-N.G. eine der Beteiligung entsprechende Aufsicht auszuüben, denn in der Konzession hatte die Stadt ja nicht nur auf in der Eigenversorgung erzielbare Gewinne, sondern auch auf ihre kommunalhoheitliche in der Versorgung der Bevölkerung mit elektrischer Kraft verzichtet. Die hohe Beteiligung machte es außerdem möglich, bei günstiger Gelegenheit die Majorität oder die volle Herrschaft über die Konzessionsgesellschaft zu erwerben. Die Eingliederung in Groß-Berlin hatte natürlich den Sinn, eines Tages auch für Groß-Berlin die gesamte Elektrizitätsversorgung zu kommunalisieren. Für diese Absicht der Zukunft war der Besitz der Südwest-N.G. ein außerordentlich wertvolles Pfand. Er war außerdem der Ausbruch dafür, daß in der Elektroversorgung Groß-Berlin seine kommunale Hoheit auch über Wilmersdorf, Schöneberg und Schmaragdort grundsätzlich nicht antauchen lassen werde. Es kommt hinzu, daß das riesenhafte Wachstum Berlins sich in entscheidender Weise gerade auf den Gebieten vollzieht, auf denen die Südwest-N.G. ihre Konzessionsrechte hat.

Es ist nun ganz klar, daß der hundertprozentige Besitz an der Südwest-N.G. für die Gesfue sehr viel mehr bedeutet und vor allem für die Stadt Berlin von viel weitertragenden Folgen ist, als es auf dem ersten Blick scheint. Hier wird nämlich nicht nur Substanz verkauft, hier werden nicht für einige Tausend Millionen Aktien veräußert, um der augenblicklichen Finanznot einer Gemeinde eine Erleichterung zu verschaffen, sondern hier wird einer privatkapitalistischen Gesellschaft ein Stück und zwar ein sehr wichtiges Stück der kommunalhoheit übertragen. Und das ist das entscheidende, das bei solchen Substanzverkäufen, die so harmlos erscheinen können, und vom Privatkapital so gern als harmlos dargestellt werden, politisch und insbesondere für die Arbeiterklasse so bedeutsam macht.

Indem das Privatkapital in Deutschland heute die Finanznot der Städte und auch des Reiches unter Mithilfe des Reichsbankpräsidenten Dr. Schaack verschärft und mit aller Gewalt die Privatfinanzierung der öffentlichen Werke betreibt, will das Privatkapital noch mehr, als sich nur geldliche Vorteile verschaffen. Das Privatkapital führt auf diesem Wege mit dem Mittel der übernervigen Kugeln einen politischen Kampf gegen die Arbeiterklasse und zwar mit dem Ziel, die wachsende Macht der Arbeiterklasse durch Verfüzung der erzwungenen Machtpositionen unwirksam zu machen. Das ist der tiefere Sinn auch des Berliner Substanzverkaufs, und daraus muß die Arbeiterklasse für die Zukunft lernen.

Ein kostbarer Fund

Eine Handtasche lag vor mir, mitten auf der Straße. War sie aus einem Auto herausgefallen? Vorsichtig hob ich sie auf. Dem möchte die elegante Tasche gehören? Ob ich sie öffnete? Vielleicht könnte ich dann die Eigentümerin ermitteln? Nun hatte ich geöffnet. Ich sah Geldscheine, ein Büchlein und andere Kleinigkeiten. Ob in dem Büchlein wohl der Name der Besitzerin stand? Nein. Aber der Name des Büchleins interessierte mich lebhaft. Ich ging in ein Café und las und las. Das Büchlein war ziestig interessant!

Wem aber gehörte die gesunde Tasche? Ich durchsuchte dieselbe noch einmal, eingehend. Jetzt fand ich in einem Nebenloch eine Besuchskarte, lautend auf den Namen einer bekannten Gynäkologin. Dieser Größe also gehörte die Tasche? Schnell fuhr ich zur Wohnung der als schön bekannten Besitzerin. Nun stand ich ihr gegenüber! Ich erkannte sehr! Welche Jugend, welche anmutsvollen, lieblichen Gesichtszüge. Die

war ja blendender als auf der Filmleinwand. Schminke hatte sie nicht aufgelegt, das merkte ich bald. Aber ganz ohne Hilfe konnte dies Gesicht wohl kaum so anmutsvoll blühen.

Wir plauderten eine Weile zusammen. Schließlich fragte mich die lebenswürdige Künstlerin, ob sie mir irgend eine „Belohnung“ anbieten dürfe. Ich erwiderte: „Dann bitte ich höchlichst um das Büchlein aus Ihrer Handtasche, denn dies der jung und lieblich machenden Marylan-Creme.“ Die Künstlerin erbot sich leicht. Ich fühlte: hier habe ich ein Geheimnis entdeckt. Ich bekam das Büchlein.

Beim Hinausgehen fiel mir das allerliebste Gesichtchen der Jose auf. Ich flüsterte ihr auf dem Korridor zu: „Sind Sie auch eine Marylan-Cremefan?“ Redlich jagte sie: „Was sein muß, muß sein! Wir vom Film nehmen oft Marylan-Creme, auch die Herrin. Wie soll man sonst so lange hübsch ausschauen?“ Nun besorgte ich mir auch Marylan-Creme. Zunächst eine Probe, die jeder kostenlos bekommt. Marylan-Creme gab mir

direkt Käse! auf. Diese Wirkung hatte ich doch nicht erwartet. Welch erquickendes Wähen, welch Erfrischendes beginnender Kräftefülle, welch liebliche Veränderung meiner Haut. Ich sehe so schön aus, daß ich selbst zum Film gehen könnte. Ich bin glücklich über mein Aussehen. Man bewundert mich.

Jeder sollte Marylan-Creme probieren. Die Vorteile einer Gesichtsbehandlung mit Marylan-Creme sind augenfällig! Die ausgezeihte Wirksamkeit ist durch mehr als 18 000 Anerkennungsschreiben (notariell beglaubigt), verbürgt. Wegen Sie darum entstehenden Gratisbesuchschein in ein offenes Kues (dann kostet es nur 5 Pf. Porto durch ganz Deutschland) und hinten auf das Kuvert schreiben Sie Ihre genaue Adresse.

Gratisbesuchschein: An den Marylan-Vertrieb, Berlin 428, Friedrichstraße 24. Erwarte vollkommen kostenlos und portofrei eine Probe Marylan-Creme und das lehrreiche Büchlein: „Das Geheimnis jung zu bleiben.“

Familien-Anzeigen

Am 3. März verstarb meine gute Frau, unsere Mutter und Großmutter
Berta Lange
 geb. Bartsch
 im Alter von 76 Jahren.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Karl Lange als Opa
 Tochter und Sohn.
 55 Or.
 Beisetzungsfeier: Freitag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.

Am 3. März verschied unser Mitglied
Frau Berta Lange
 im Alter von 63 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Breslau.
 Beisetzungsfeier: am 7. März, nachmittags 5 Uhr, im Krematorium in Gräbschen.
 Trauerhaus: Nikolaistraße 47. Distrikt 19.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.
 Dienstag, 4. März, verschied plötzlich u. unerwartet unser treues Mitglied, die Spinnereiarbeiterin
Martha Hiller
 im Alter von 33 Jahren.
 Ein ehrendes Gedenken werden der Verstorbenen bewahren
Die Frauenabteilung Deutsch-Lissa.
Die Filiale Groß-Breslau.
 889
 Beerdigung: Sonnabend, 8. März, nachm. 3 Uhr (15) von der Halle des evang. Friedhofes in Deutsch-Lissa.

Feinbau
 Anfertigung von Möbeln
BRESLAU, KLOSTERSTR. 36
TELEFON 29820
 Neuzeitliche Einrichtungen für
Ird- und Feuerbestattungen
 Fachmännische Leitung bürgt für würdige Ausstattung auch der einfachsten Ausführung. Ueberführung außerhalb des Wohnsitzes Verstorbenen mit besonders dafür hergerichteten Kraftwagen. Preise mäßig.
 Kostenlose Auskunft und Beratung.
 In Bestattungstragen werden man sich verhasst an
„Frieden“ Bestattungsanstalt
 Klosterstraße 30/32 883

Goldene Trauringe
 Jugendlos - Gravierung gratis
Stadtbekannt billige Preise
 Größtes Lager, auch in
Uhren und Geschenkartikeln
 Für Ihre reelle Bedienung bürgt das 40jährige Bestehen meiner Firma
Albert Möwius
 Schmiedebrücke 56 Telefon 27481
Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke

Der neueste
Jack London
Die glücklichen Inseln
 ist soeben erschienen
Volkswachtbuchhandlungen Breslau
 Neue Graupenstraße 5
 Friedrich-Wilhelm-Straße 105 Flurstraße 4

Für Berufs- u. Kinderstühle
 nur die
grüne Goliathsohle
 bekannt haltbarstes Schilde der Welt, garantiert wasserdicht, 3fache Haltbarkeit gegenüber gewöhnlichem Leder
 nur Klosterstr. 17, 1. Hof **Worth Lemberg Nachf.**

Fernsprecher 21737 u. 21739
 Gediegene und zweckmäßige Ausführung aller Druckmaschinen preiswert in kürzester Lieferzeit
Druckerei VOLKSWACHT
BRESLAU 2 am Flurstraße Nr. 4/5

Universal-Ungeziefer-Vernichtungsmittel
FLY-Matsch
 Bist du nicht, sondern vernichtet!
 Wespen, Schweben, Läuse, Flöhe, Motten, Grillen, Fliegen, Mücken u. sämtliche Ungeziefer samt Brut
 Zu haben in den Drogerien.
 Verlangen Sie ausdrücklich „Fly-Matsch“.

Wehmütige Erinnerung

am Todestage meines innigstgeliebten, teuren, braven Sohnes
 unseres lieben, guten Bruders, des **Mutterprozessors**
August Böhm
 gestorben im besten Alter von 35 1/2 Jahren.
 Der heutige Tag rullt alle Schmerzen, Rullt alle Tränen wieder wach,
 Die wir geweint aus tiefstem Herzen,
 Dir, heißgeliebtem Sohne und gutem Bruder nach.
 Als du ins Krankenhaus gekommen, sprachen uns're Herzen alle Hoffnung aus,
 Daß du gesund noch einmal sehen möchtest, dein liebes Heimathaus.
 Mit deiner seltenen Kraft,
 Hat dich der hit're Tod, aus un'rem lieben Kreise gerallt.
 Du wartest so gut und starbst so lüth - doch wir vergessen deiner nie.
 So schlummere sanft und ruh' in Frieden - ewig beweiht von deinen Lieben.
 Gewidmet in treuester Liebe von deiner dich nie vergessenden und stets um dich trauernden lieben Mutter
Marla Böhm, geb. Piawa, Groß Mochbern
 nebst Geschwistern u. allen Anverwandten.

Stadt-Theater

(Opernhaus)
 Donnerstag
 20 bis 24 Uhr
 Vibonn-Vorstellung E 14
Der Wildschütz.
 Freitag
 20 bis 22.30 Uhr:
 Vibonn-Vorstellung C 14
Casanova.
 Sonnabend
 20 bis nach 2.30 Uhr:
Fidello.

Schauspielhaus

Operettenbühne
 Tel. 36300
 Täglich 8 Uhr:
Der Weiterfolg

Das Land des Lächelns

Operette v. Franz Lehár
 In der
 Sensationsbesetzung
 Kammeränger
Serge Adrianovic
Carola Parma
Trude Reiter
 Sonntag mittags 2 Uhr:
Rübezahl
 Nachmittags 4 1/2 Uhr:
Der Bettelstudent.

Lobe-Theater

Telefon 54747
 Donnerstag 20, 15 Uhr
 und täglich:
Die heilige Johanna
 Sonntag 15, 30 Uhr:
Trojaner.

Thalia-Theater

Telefon 56747
 Donnerstag 20, 15 Uhr
 und täglich:
Kolportage
 Sonntag 15, 30 Uhr
 (Nachmittags-Vorstellung)
XYZ
 von Riabund.

Sichern Sie sich
 gute Plätze im Vorverkauf
 zu **Otto Reuter**
 u. **W. Marzahn** bei
LIEBICH

Circus Busch

Schau-Arena 881
 Heute ringen:
Pinotzki - Schwartz
Doszer - Ahrens
 2 Entscheidungen:
Stecker - Kämpfer
Jango - Pooskol

Pianos

neu und gebraucht, von 200
 bis 800,- an, gebraucht von
 100,- an
Flügel
Geigen 743
Laute
Mandolinen
Gitarren etc.
 Kleine Anzahlungen
 kleine Monatsraten
 bei Kasse hoher Rabatt
Pianos in Miete
 Reparaturen Stimmen
Wiener & Futter
 Schmiedebrücke 48

Astoria-Säle

Sonnenstr. 42 Inh. Ang. Hielscher Sonnenstr. 42
 Heute Donnerstag **Verkehrte Ball**
 der beliebte
 Sonntag, den 9 März
Großer Familienball

Herzberg & Co.

verkauften
 für **1⁰⁰ RM.**
 ein ganzes
 Liter
 für **1⁰⁰ RM.**
 ein ganzes
 Liter

echte Weine

und
voll süße Südweine
 darunter:
Echter Südwein, rot und gelb
Wermutwein, magenstärkend
Tafelrotwein u. Pfalzwein
 für den Tisch und zur Bowle.
 Für Feinschmecker und Kenner
weiße Bordeaux-Weine
 Graves 1926er p. Fl. 1.75
 Chateau Gayat 1926er . p. Fl. 2.00

in folgenden 6 Geschäften: 714
Höfchenstr. 48 * Bücherplatz 17/18
Leutnannstr. 10 * Michaelistr. 3
Klosterstr. 64 * Selenkestr. 17

Herrenzimmer

echt Eiche, Bibliothek, Diplomat, Sessel, Tisch. **565.-**
S. Brandt & Co.
 Gartenstr. 63, L. 9474

Arbeitsstolen

Tag und Nacht durch Selbstanfertigung konkurrenzlos
 von **4.50 bis 16 RM.**
Burgstraße 7, Rywalski.

2 Betten

Kauf- u. m. Spital u. Aufzügen **RM. 150**
Möbelhaus Scholz
 Matthiasstraße 132.

Schlafzimmer

echt Eiche, vollst. komplett **RM. 575.-**
S. Brandt & Co.
 Gartenstr. 63, L. 9475

noch billiger!

30 neue moderne Anzüge
 a 22.50 7190
 Getrag. Anzüge v. 10 RM. an
 Getrag. Jacketts v. 4 RM. an
 Getrag. Westen 1.50 bis 2.00
 Getrag. Mäntel v. 8 RM. an
Weißberger Str. 3

BITTE

bei allen Einkäufen stets die Invention unserer Zeitung zu berücksichtigen

zweites Rathaus

die würdige Klumpe
 10 Pl.-St. zu, bei
S. Brandt & Co.
 Schmiedebrücke 29 b.

Schlafzimmer

Eiche, gebraucht, vollständig komplett.
 billig zu verkaufen.
S. Brandt & Co.
 Gartenstr. 63, L. 9478

Parteilreunde

kaufen an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die
Volkswacht

Berichte

Gebrauchte Möbel
 Waschtische, Sofas, Schränke, Ausrichtisch, Solatisch, Stühle Bettstellen billig abzugeben.
S. Brandt & Co.
 Gartenstr. 63, L. 9476

Kleine Anzeigen

sind sonstige geübte empfindliche Anzeigen von Verkauften Kaufstücken u. a. nur von Privatpersonen 3 Wochen frei 4 Wochen 2 englische Bettstellen, gut erhalten, billig zu verkaufen b. Riapproth Heinrichstr. 8, III, nachmittags 6 Uhr.

Kauft Kämme

per Stück 20, 40, 60, 80, 95 Pf., fehlerhafte 3 St. 10 Pf., Bürsten, Besen, Pinsel, Scheuertücher, Auto- und Fensterleder, Federwedel, Seifen, Fußmatten, Klopfer, Schwämme etc.
auf der Oderstraße
 2. Viertel vom Ring in dem bekannten Spezialgeschäft
London & Co.
 G. m. b. H.
 Oderstraße 5
 2. Viertel vom Ring

Schlesiens reiches Kulturschaffen

setzt das Märzheft der Schlesischen Monatshefte wieder einmal liebevoll ins rechte Licht. Grade dieses Heft müssen Sie lesen, wenn Sie sich einmal über Zweck und Ziel dieser wertvollen Heimatzeitschrift unterrichten wollen! Im unterhaltenden Teil

offenbart sich

Paul Barsch, der Siebzighährige, in der Erzählung „Der Alte“ wieder einmal als Altmeister schlesischer Dichtkunst und Friede Gewecke in der Erzählung „Der Zirkusgaul“ als junges, vielversprechendes Talent. Dr. Hans Honigmann erläutert das Wesen der biologischen Ausstellung des Zoologischen Gartens, Kunst- und Musikfreunde werden Bernhard Stephan für die Einführung in das Schaffen der Malerin Käte Ephraim-Marcus und Dr. Peter Epstein für Hammerschmidtschles. Coridon Dank wissen. Die Grenzstadt Guhrau bringt uns Stadtobersek. Kutzner, die Arbeiten der Staatl. Keramischen Fachschule in Bunzlau Prof. A. Hennig näher. Weiter finden Sie

In den Schlesischen Monatsheften

noch die beliebte Rundschau und 29 vorzügliche Bilder. Eine Musterleistung für 1 RM! Sie erhalten das schöne Heft im Buchhandel u. durch den Verlag Wilh. Gotl. Korn, Breslau i.

„Ach, hätt' ich doch...“



Auch unserem armen, bemitleidenswerten Mitmenschen Jonathan Zimmermann ist die Lust schon wirklich vergangen. Seitdem er seine letzte Wohnung aufgegeben hat, weil er mit gewissen kleinen Tieren ge-ogenet war, die ohne Zweifel Unbehagen bereiten, seitdem hat er kaum noch eine glückliche Minute erlebt. Zimmersuchend zog er straßauf, straßab, treppauf, treppab. Nichts, was seinem Geschmack auch nur annähernd zugesagt hätte. Hier war's zu hoch, dort zu niedrig, hier zu dunkel dort zu geschmacklos. Irgend etwas fand sich überall, was ihn abhielt, zu mieten.
 Völlig erschöpft lehnte sich Jonathan Zimmermann am späten Abend an eine Straßentafel. Hatlos. Verzweifelt. Zum Umfallen müde. Was blieb ihm anders übrig, als wieder ein Hotel aufzusuchen? Wieder in einem so ganz unpersönlichen Zimmer übernachten zu müssen?
 Und während er im Hotel schlief, hatte er einen merkwürdigen Traum: größer und immer größer erschien ihm ein Inserat in der „Volkswacht“, in dem ein Zimmer gesucht wird. Aufwacht jammert er: „Ach, hätt' ich doch in der „Volkswacht“ inseriert! Ich könnte jetzt ein eigenes, behagliches, sauberes, Zimmer haben!“

Die Wasserkatastrophe in Südfrankreich

Zimmer neue Hochwasserläufe laufen ein. Die Nachschichten dem Departement Garonne lauten immer unglücklicher. In den Dörfern sind zahlreiche Häuser durch die Fluten zerstört. Bisher drei Tote zu beklagen. In Moissac sollen etwa hundert Häuser eingestürzt sein. Die Zahl der Toten, Verletzten und Verwundeten scheint alle Bestürzungen zu übersteigen. In der Ortsgemeinde Regnie (Departement Tarn) hat die Heberschwemmung 14. Menschenleben gefordert. Stellenweise wird ein Steigen des Wassers in diesem Departement beobachtet. Die Departements Tarn und Garonne sind, obwohl das Wasser fällt, immer noch von der Umwelt abgeschnitten. In Villebourbon sind mehr als 40 Häuser eingestürzt. Ein Handwerker, der seinen Heldenmut mit dem Leben bezahlte. Ein anderer Handwerker ist gleichfalls bei Rettungsarbeiten ertrunken.

Ein beunruhigendes Steigen der Garonne wird aus Valence gemeldet, wo das Wasser mehr als elf Meter hoch steht. Die Bewohner haben während der Nacht mit der Räumung der Häuser begonnen. Aus anderen Gegenden werden Dammbrüche gemeldet. Die Dammstadt Villemer ist nur noch ein Trümmerhaufen. 130 Häuser sind hier eingestürzt. Die Zahl der Toten hat noch nicht festgestellt werden können; bisher sind sechs bekannt.

In mehreren Städten, wo die entseelten Fluten besonders wüteten, macht sich schon Lebensmittelnappheit bemerkbar. Auf der Strecke zwischen den Städten Tourneire und Millan ist die Lokomotive eines Personenzuges in den Schuttbergen eines Bergsturzes begraben worden. Im gleichen Augenblick ereignete sich ein zweiter Erdbeben, so daß der Zug stundenlang von beiden Seiten festgeklemmt war. Die Reisenden hatten keine Möglichkeit, sich in Sicherheit zu bringen. Rechts von dem Gleis war ein Abhang, der durch die Regengüsse aufgeweicht war und von dem dauernd neue Erdbeben drohten, links von den Gleisen war Heberschwemmungsgebiet. Die Passagiere mußten über 24 Stunden in dem Zuge zubringen und konnten nur durch die opferfreudige Tätigkeit eines Bahnarztes mit Lebensmitteln versorgt werden. In der Nähe der Stadt Alagnon hat sich ein Dammbruch ereignet. Die Landschaft

wurde vollkommen überschwemmt, jede Verbindung zu den umliegenden Dörfern ist unterbrochen. In einem anderen Dorfe sind 12 Häuser eingestürzt. In Albi sind über 80 Häuser zerstört worden. In der Stadt Moissac sollen über 100 Personen in den Fluten ertrunken sein. Diese Meldung ist jedoch noch nicht bestätigt. Die Gesamtzahl der Todesopfer dürfte mit 200 nicht unterschätzt sein.

Der am Mittwoch vormittag abgehaltene Ministerrat hat einen Kottredit in Höhe von 30 Millionen für die Opfer der Katastrophe bewilligt.



der Staatspolizei scheint man dort anzunehmen, daß Haber vor Erschöpfung zusammengebrochen ist oder daß seine Leiche ans Ufer gespült wurden, nachdem das Kanu in den Stromschnellen zerstückelt worden war. Jedenfalls ist die Leiche von Wölfen gefunden und teilweise zerfleischt worden.

Großfeuer auf Güterbahnhof Berlin-Westend

In der Nacht zum Donnerstag brach auf dem Güterbahnhof Berlin-Westend gegen 12 Uhr ein Großfeuer aus. In kürzester Zeit bildete das Gelände des Güterbahnhofes ein einziges Feuermeer. Zahlreiche Schuppen gerieten nacheinander in Brand. Ebenso wurden Lager und Bauplätze von den Flammen ergriffen. Benzinbehälter flogen unter gewaltigen Explosionen in die Luft. Hausdach schlugen die Flammen vor allem aus den Holzstöcken der Bauplätze. In anbetrachter der Größe des Feuers wurden fast sämtliche Züge der Berliner Wehnen alarmiert. Es gelang erst gegen 3 Uhr morgens den Brand einzubämmen.

Vatermord aus Heiratswut

In Sölgershöhe (Hessen-Nassau) schloß der 20jährige Sohn des Landwirts Rübens auf seinen Vater, der sich der Ehe des Sohnes widerrichtete, mit einer Jagdflinte. Der Vater liegt in sehr bedenklichem Zustand im Krankenhaus.

Feuer im Arbeitsamt

In Gladbeck wurde am Dienstag im Keller des Arbeitsamtes Feuer bemerkt, das aber bald gelöscht werden konnte. Schon in der vergangenen Woche hatte es in den Büroräumen gebrannt, und zwar waren Fußböden und Möbel mit Petroleum übergossen worden. Unter dem Verdacht, das Feuer angelegt zu haben, wurde der Angestellte des Arbeitsamtes, Frell, der sozialdemokratischer Arbeiterverband angehört, festgenommen.

Wie die örtliche Zeitung der SPD. auf Befragen mitteilt, ist der Verdacht noch nicht völlig erloschen. Jedoch wird auch von der Gladbecker Sozialdemokratie alles getan, um den Fall reiflos aufzuklären.

Wieder hinter Schloß und Riegel

Der am 3. Februar aus der Strafanstalt Tegel bei Berlin entwichene berühmte internationale Ein- und Ausbrecher Herbert Sandowksi ist am Mittwoch in Berlin wieder festgenommen worden. Er erschien in der Friedrichstraße bei einem Juwelier, der einmal bei einem Termin gegen Sandowksi als Zeuge aufgetreten war. Obwohl sich der Verbrecher fast unkenntlich gemacht hatte, erkannte ihn der Juwelier wieder. Sandowksi erbat eine Unterredung. Sein Entbender erklärte jedoch, daß er Sandowksi erst in einer Stunde empfangen könne. Als Sandowksi später wieder kam, wurde er von der inzwischen benachrichtigten Kriminalpolizei festgenommen. In seinem Besitz befanden sich eine Pistole, ein Glasschneider und ein mit Säure gefüllter Gummiball. Ueber die Herkunft dieser Instrumente verweigerte Sandowksi bisher ebenso die Aussage wie über die Herkunft seiner ausgezeichneten Zivilkleidung.

Sandowksi stammt aus Niga. Seine ersten Straftaten hat er in Amerika verübt. Einmal sah er sieben Jahre lang in Sing-Sing. Eine internationale Berühmtheit wurde er durch seine tollkühnen ausgeführten Juwelendiebstähle in Hotels in Palm Beach und Miami. Wenn er sah, gelang es ihm stets, unter sensationellen Umständen wieder auszubringen, was ihm auch in Berlin glückte, wo er u. a. verurteilt worden war, weil er aus einer Grunewaldvilla für viele Tausend Mark Schmuckstücken geraubt hatte. Das letzte Urteil gegen ihn lautete auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Der rasende Fels

In Peter bei Karlsbad löste sich an einem Berg plötzlich ein großer Felsblock und traf ein Wohnhaus am Bergabhange, das vollständig demoliert wurde. Die Besitzerin des Hauses erlitt schwere Verletzungen.

Sind Raubüberfälle Mode?

Der 22jährige, wegen versuchten Raubes angeklagte Arbeiter Karl Ladiß ist vom Schöffengericht Berlin-Tempelhof zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte, den Arbeitslosigkeit mindestens ebenso sehr wie seine moralische Hemmungslosigkeit auf die Bahn des Verbrechens getrieben haben, hat seine Raubbahn nach unten damit begonnen, daß er an 18 Stettiner Wörge erfolglos Erpresserbriefe richtete. In Berlin kam er auf die Idee, in einer Tageszeitung zu inserieren, daß er für ein Konfiszurengehalt eine Filialleiterin mit 1000 Mark Kautionsuche. Als sich ihm in einer Pension die Krankenpflegerin Hensel vorstellte, schlug er sie, wahl in dem Glauben, daß sie das Geld gleich mitgebracht hatte, mit einem Gummiknüppel mehrere Male auf den Kopf. Die Krankenpflegerin brach infolgedessen nicht zusammen, sondern rief um Hilfe und flüchtete. Ladiß entkam, wurde aber in Stettin wegen der Erpresserbriefe verhaftet und in dieser Sache zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, eine Strafe, zu der sich nunmehr das Berliner Urteil gesellt, dessen Schwere der Vorstehende damit begründete, daß Raubüberfälle neuerdings „zur Mode“ geworden wären.

Rätselhafter Soldatenfreitod

In Potsdam erschloß sich in der Nacht zum Dienstag in der Kaserne Jägerallee der seit acht Jahren dort stationierte 27 Jahre alte Reichswehrunterfeldwebel Paul Falk mit seinem Dienstrevolver. Falk, dessen Latzmaschine unbekannt und unerklärlich sind, hatte in der Nacht Wachtbienst; er hielt sich in der Schreibstube auf. Am Morgen fand man ihn tot auf. Seine letzte Eintragung im Dienstbuch war: „Um 0,10 Uhr erschloß sich der Unterfeldwebel Paul Falk.“ Das Weiden übernimmt der Gesessene Junter.“

Generalstod beim Probealarm

Die in Royal stationierten ostindischen Truppen versammelten am Mittwoch eine Mannübung, in der die Erprobung einer neuen Signalgebung durch Minenexplosion einen wesentlichen Bestandteil bildeten. Während der Übung beschloß ein Wachtposten ein auf seinen Anruf nicht haltendes Auto der Generalität ein Major wurde getötet, Generalstabschef Törbend wurde am Kopf schwer verletzt. Der Probealarm war gleichzeitig als Demonstration gegen etwaige kommunistische Kampfvorwürfe am 6. März gedacht.

Revolte in einem französischen Gefängnis

Im Gefängnis von Lille versuchten am Dienstag 65 Festlinge zu meutern. Beim Abendappell stürzten sie plötzlich über die Muffen her. Diese machten so viel Lärm, daß die Wache aufmerksam wurde und rechtzeitig eingreifen konnten. Es konnte nur der Führer der Meuterer, ein gewisser Marius Marthys, durch den Arbeitschef in den Hof entkommen. Als er die Umfassungsmauer übersteigen wollte, berührte er einen elektrischen Draht und kürzte mit schweren Verletzungen ab.

Der Goldschack im Ural

Krasnoperows Erzählungen, Goldminen, Freundinnen und Telegramme

Die rumänische Kriminalpolizei hat einen gewissen Eugen Krasnoperow verhaftet, der mit seinen Schwindeln Leichtgläubigen zu Goldverlüssen, den Zeitungen aber wenigstens zu neuen Heberschriften verholfen hat.

Eugen Krasnoperow war im zaristischen Rußland ein kleinerer Beamter niedriger Rangklasse. Beim Umschwung flüchtete er mit zahlreichen Emigranten. Nach einem endlosen Pilgerzug erreichte er Prag. Hier fiel es ihm dank seines jovialen Wesens, seines durchaus repräsentativen Aussehens und seiner guten Umgangsformen nicht schwer, in der Prager Gesellschaft eine Rolle zu spielen. Er gab sich als Besitzer von Minen im Ural aus, erzählte von der Krieg und die Umwälzung ihn um sein ganzes Vermögen gebracht hätten, schwindelte aber auch mehreren Prager Juristen vor, daß sich ihm offenbar auf Grund diplomatischer Interventionen die Möglichkeit biete, sein Vermögen von der Mostauer Regierung zurückzuerhalten. Einer der Herren Juristen, der Prager Advokat Dr. Reschbera, lud Herrn Krasnoperow zu sich ein. Herr Krasnoperow kam, sah und siegte. Er wies nämlich auf gewisse Dokumente vor, die ihren Besitzer tatsächlich zum Inhaber zahlreicher Goldminen im Ural stempeln sollten. Reschbera identete dem glücklichen Kapitalisten sein Herz, seine Arbeit — außer dem 60 000 Tschechen Kronen Vorkaufsgeld — Krasnoperow erzählte, daß er in Geldverlegenheit wäre, was ja auch wohl wahr war, und aus ihr herauszuhelfen, rechnete er Reschbera zur besonderen Ehre an — eine Freundlichkeit, von der er ja hoffte, daß sie sich bald reichlich rezentieren würde. Krasnoperow lebte mit dem Gelde herrlich und in Freuden. Er teilte sich mit dem bezaubernden Schick eines vollendeten Perfektman's und versammelte um sich stets einen Kranz schöner Frauen, selbstverständlich war er auch Stammgast der Prager Halbweinstokale.

Jede Herrlichkeit hat einmal ein Ende, und die des Besitzers von 60 000 Tschechen Kronen erst recht. Eines bereits ziemlich klauen Tages wieder erschien Krasnoperow bei seinem Rechtsberater und erzählte ihm, daß in der rumänischen Stadt Czernowit eine amerikanische Aktiengesellschaft existieren würde, die das Vermögen russischer Emigranten aufkaufe, um sich dann im Rechtswege in den Besitz der Güter und Liegenschaften der von ihr Ausbezählten zu setzen. Und tatsächlich löste der so jovial behandelnde Russe, der eine sehr scharfe Nase besaß für Wechsel, die in wenigen Tagen käuflich sind und für Rechnungen, die bereits während repräsentiert werden, eine Fahrkarte Prag-Czernowit und dampfte heimlich, still und leise nach Rumänien ab.

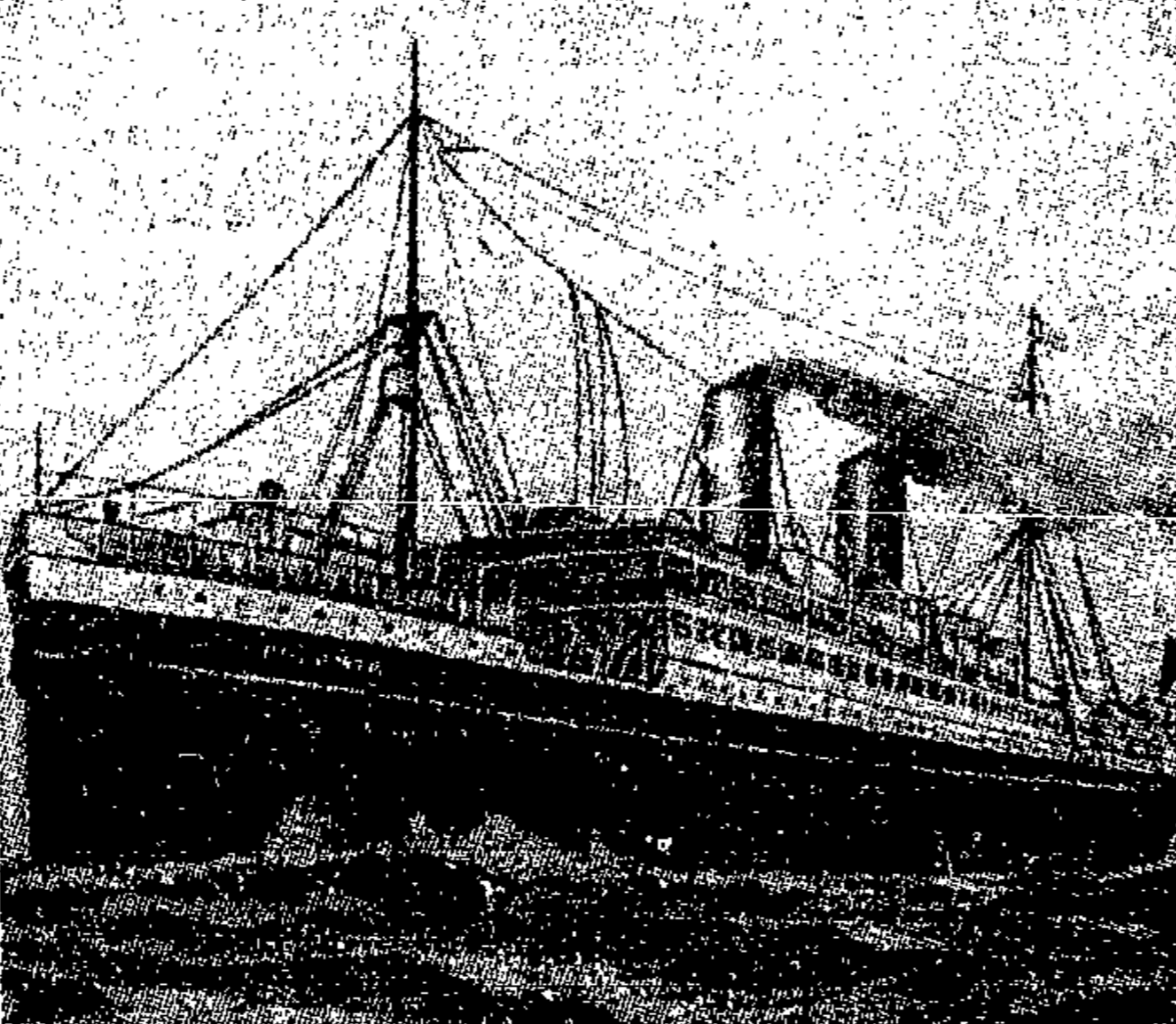
Czernowit kannte Krasnoperow noch aus der Zeit der russischen Invasion in der Bukowina, und besonders erinnerte sich noch der Schustermeister Jidor Ruff an den Russen, die Wiedersehensfreude zwischen beiden war groß. Ruff erzählte, daß es ihm nicht gut gehe — ein Zustand, den Krasnoperow gern beheben wollte, indem er den Schuster in der Schuhfabrik von Czernowit beschäftigte, deren Mitinhaber er sei. Ruff war überglücklich. Ruff der Wata-Versprechung bekam er dann noch ein Paket. Die Legation wurde ausgehandelt mit der ausdrücklichen Anweisung, die in genau bestimmten Umständen nach Prag zu expedieren. Ruff führte diesen Auftrag mit um so größerer Harmlosigkeit aus, als er Analphabet war und keine Ahnung hatte, was er da eigentlich telegraphierte. Im übrigen wartete er von Tag zu Tag auf den erwarteten Arbeitsvertrag, um sofort in die Fischhofslokale einreisen zu können. Aber Krasnoperow war inzwischen schon längst wieder still und heimlich ohne Ruff und für Wechselhaber mit unbekannter Adresse in Prag aufgetaucht, verschwiegen dem Advokaten den kurzen Czernowiter Aufenthalt und behauptete, in Wien zur Regelung einer Geldangelegenheit gewesen zu sein. In den folgenden Tagen brachte er Dr. Reschbera eine Reihe von Telegrammen mit, die in Czernowit expediert worden waren, als Unterchrift den Namen „Generaldirektor Wilson“ trugen. Auf Grund dieser Telegramme gab Reschbera dem reichen Russen weitere gehörige Vorstöße und bezahlte außerdem dessen Schulden und Wäsche über rund 100 000 Tschechen Kronen. Krasnoperow atmete auf — aber nur für kurze Zeit, denn mit der Uebergabe des Geldes verlangte der Advokat die baldige Vorlage der Verträge, die sein Millionenkunde mit der Czernowiter Amerikanisch-englischen Gesellschaft abgeschlossen hätte. Reschbera rechnete zwar nicht mit einer direkten Zahlung des Geldes, fühlte sich aber glücklich als Mitbesitzer der Goldminen im Ural.

Noch immer gab Krasnoperow das Nennen nicht auf. Er setzte sich ein zweites Mal auf die Eisenbahn, fuhr nach Czernowit, ging zu dem noch immer mit einer Engelsgebild-wartenden Jidor Ruff und ließ sich von ihm zu einem Rechtsanwalt führen, der die tschechische Sprache beherrschte. Der Rechtsanwalt erklärte sich gern einverstanden, den Akt, in dem der Russe sein Vermögen zugunsten der Amerikanisch-englischen Gesellschaft gebiere, zu unterzeichnen, wenn auch der Generaldirektor Wilson erscheine. Einen amerikanischen Generaldirektor konnte nun Krasnoperow nicht gleich ans dem Boden stampfen, und man trennte sich. Bald kam aber Krasnoperow wieder und brachte, sich und fertig, besagten Akt mit, von Wilson bereits gezeichnet und gestempelt. Dem Czernowiter Advokaten kam die Sache nun doch nicht ganz geheuer vor, und er fragte auf alle Fälle erst einmal die Polizei um Rat. Die schickte einen — Kriminalrat: Krasnoperow wurde verhaftet, legte bereits ein umfassendes Geständnis ab, und auch der arme Ruff mußte zurzeit noch brummen. Er wird wohl bald wieder enthaftet werden, dann aber von seiner Wata-Sehnsucht endgültig geheilt sein.

Ein deutscher Reiseführer in der kanadischen Wildnis tot aufgefunden

Associated Press berichtet aus Edmonton, der Hauptstadt der kanadischen Provinz Alberta: Eine hier mit Verpätung eingetroffene Nachricht besagt, daß eine Streife der Gendarmen am vergangenen Sonntag 15 Meilen oberhalb der Lower Hay River Niederlassung im Nordwest-Territorium die zerstreuten Leichenreste des seit einiger Zeit vermissten deutschen Reiseführers und Wissenschaftlers Dr. Kurt Haber gefunden habe. Polizeipatrouillen und Junktationen suchten Dr. Haber seit mehreren Wochen, um ihm auf Ersuchen des deutschen Konsuls Martin in Winnipeg, den Tod seiner Mutter, die in Berlin gestorben ist, mitzuteilen. Im September 1929 reiste Dr. Haber von Edmonton nach Norden. Von Fort Vermilion, das er im Flugboot erreichte, fuhr er nach der Polstation Upper Hay River im Kanu, wobei er sein Kanu von einem Fluß zum anderen trug. Es wird vermutet, daß ihn der Tod ereilte, als er nordwärts den Fluß entlang in Richtung auf den großen Sklavensee paddelte. Nach der kurzen Meldung aus dem Lager

Polen kauft Dzean-Passagierdampfer



Die polnische Regierung hat von der dänischen Ballistik-Amerika-Linie die drei 15 000-Tonnen-Dampfer „Polonia“, „Arkana“ und „Estonia“, die den Passagierverkehr zwischen Danzig und New York besorgen, für 18 Millionen Zloty angekauft.

Polen kauft Dzean-Passagierdampfer

Die polnische Regierung hat von der dänischen Ballistik-Amerika-Linie die drei 15 000-Tonnen-Dampfer „Polonia“, „Arkana“ und „Estonia“, die den Passagierverkehr zwischen Danzig und New York besorgen, für 18 Millionen Zloty angekauft.

